Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 5. Oktober-Woche, fällig bei Abholung, 9 Milliarden Mark frei Haus. Abholestelle 8,9 Milliarden Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 1,5 Milliarden, bei 6 Seiten 2,0 Milliarden, bei 8 Seiten 2,5 Milliarden.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg
mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatlich erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigengrundpreis × Schlüßelzahl = Tagespreis. Für den achtgespalt. Millimeterraum 20 M. bei Barzahlung — sonst Tagesschlüßelzahl am Zahltage — im Reklameteil 80 M., für Geschäftsanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorbestellte Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüßelzahl des V.D.Z.B. (z. Z. 18 000 000). Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr. 254 — Montag den 29. Oktober 1923. — 50. Jahrg.

Biegen oder brechen!

Reichsexekution gegen Sachsen. — Bayern soll legale Verhältnisse schaffen!

Berlin 28. Okt. (WTB.) Nachdem die der sächsischen Regierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen zu Gewalttätigkeiten und zur Bewaffnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner aufgefordert, den

Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung

herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkenne. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des heutigen Tages erwarte, und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung dieser Aufforderung sofort ergreifen werde.

Die sächsische Regierung trotzt dem Reich!

Dresden, 28. Okt. (WTB.) Gestern in später Abendstunde wurde dem WTB. aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. So lange dies nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Reichsexekutive.

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Zum Reichskommissar für Sachsen wird der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei Ministerialdirektor Dr. Schultze ernannt werden.

*

Die SPD.-Reichsminister in Dresden.

Die „Montagspost" meldet aus Dresden, daß die sozialdemokratischen Reichsminister Schmidt und Radbruch und der sächsische Gesandte in Berlin Gradnauer in Dresden eingetroffen seien und in die Sitzung des Landesvorstandes der sächsischen Sozialdemokratie und der Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen hätten. Die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie selbst sei dabei zum erstenmal offen zum Ausdruck gekommen.

*

Blutige Kämpfe in Freiberg i. S.

Dresden, 29. Okt. (WTB.) In Freiberg kam es am Sonnabend zu ernsten Zusammenstößen zwischen radikalen Elementen und Reichswehr. Als die Truppen Ansammlungen zerstreuten und vier von der Menge bedrängte Soldaten befreite, wurden sie mit Steinen beworfen und beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet. Hierauf machte die Reichswehr von der Schußwaffe Gebrauch.

Nach den endgültigen Feststellungen wurden bei der Reichswehr zwei Mann schwer und einer leichter verwundet. Von den Aufrührern und Mitläufern sind

23 tot und 31 verwundet

worden. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die angreifende Menge durchaus planmäßig vorging. Über das Verhalten der Reichswehr bestätigen durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wütender Beschimpfungen durch die Menge bis zum Äußersten gegangen ist.

Warum es zur Reichsexekutive kommen muß:

In einem von dem Minister Böttcher gezeichneten Aufruf heißt es: Der Repräsentant der deutschen Verfassung und der deutschen Demokratie, Generalleutnant Müller, vollziehe auftragsgemäß Schlag auf Schlag die Befehle der wahren Herren von Deutschland, der Herren über Kohle, Eisen und Lebensmittel. Die sächsische Arbeiterschaft soll niedergeschlagen werden. Dann kommen andere aufreizende und unwahre Redensarten. In Fettdruck heißt es dann weiter: Wir Kommunisten erklären: „Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der

Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften,

das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten. Wir fordern die Kontrollausschüsse auf, ihre Tätigkeit gegen die Wucherer und Spekulanten zu verschärfen . . . An die sächsische und deutsche Arbeiterschaft richten wir den Ruf zur Bereitschaft. Es kann möglich sein, daß morgen oder übermorgen das Vorgehen der Militärdiktatur mit dem Generalstreik in Sachsen, Thüringen und dem Reiche beantwortet werden muß. Kampflos wird sich die deutsche und sächsische Arbeiterschaft den Generalen nicht ergeben. Wenn die Generale der Schwerindustrie zum Tanze aufspielen wollen, nun, die deutsche Arbeiterklasse ist gerüstet!"

Warum es zur Reichsexekutive kommen muß?

In einem von dem Minister Böttcher gezeichneten Aufruf heißt es: Der Repräsentant der deutschen Verfassung und der deutschen Demokratie, Generalleutnant Müller, vollziehe auftragsgemäß Schlag auf Schlag die Befehle der wahren Herren von Deutschland, der Herren über Kohle, Eisen und Lebensmittel. Die sächsische Arbeiterschaft soll niedergeschlagen werden. Dann kommen andere aufreizende und unwahre Redensarten. In Fettdruck heißt es dann weiter: Wir Kommunisten erklären: „Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen Faszismus und Ausbeutung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faszisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der

Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften,

das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten. Wir fordern die Kontrollausschüsse auf, ihre Tätigkeit gegen die Wucherer und Spekulanten zu verschärfen . . . An die sächsische und deutsche Arbeiterschaft richten wir den Ruf zur Bereitschaft. Es kann möglich sein, daß morgen oder übermorgen das Vorgehen der Militärdiktatur mit dem Generalstreik in Sachsen, Thüringen und dem Reiche beantwortet werden muß. Kampflos wird sich die sächsische und deutsche Arbeiterschaft den Generälen nicht ergeben. Wenn die Generäle der Schwerindustrie zum Tanz aufspielen wollen, nun, die deutsche Arbeiterklasse ist gerüstet!"

*

Energische Sprache auch gegen Bayern.

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschließung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Nach einer Meldung der „Montagspost" aus München ist die an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen, an Ministerpräsident v. Knilling gestern überreicht worden. Heute findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

Reichsexekution.

Zu dem Einmarsch in Sachsen.

Zum erstenmal seit 1871 erlebt das Reich eine Reichsexekution. Die offene Auflehnung der sächsischen Regierung ist mit deren Absetzung beantwortet worden. Endlich einmal verschafft sich das Reich nachhaltigen Respekt. Es war nach der rohen, ungesetzlichen, gegen alle Staatsautorität aufhetzenden Sprache des „Ministers" Böttcher dringend nötig geworden.

Welche gesetzlichen Unterlagen bietet die Reichsverfassung für die Reichsexekution? Eine solche, das heißt eine gewaltsame Durchsetzung der Reichsgewalt gegenüber einem Bundesstaat war auch nach der Reichsverfassung von 1871 möglich, wie wir den rechtsradikalen Heißspornen, die es für national halten, die Reichsgewalt gegenüber den Sondergewalten hintanzustellen, hiermit ausdrücklich vorhalten wollen. Sie mögen dafür die Artikel 19 und 68 der Bismarckschen Reichsverfassung nachlesen. **Die Reichsexekution ist also eines der vielen staatsrechtlichen Stücken, welche die Weimarer Verfassung aus der Bismarckschen übernommen hat.**

Der maßgebende Absatz der Verfassung lautet:

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten." (Art. 48, 1.)

Träger der Reichsexekution ist also der Reichspräsident, der zum Vollzug natürlich wie bei allen Entscheidungen der Gegenzeichnung bedarf. Nicht ohne weiteres möglich ist die Ergreifung von wirtschaftlichen Repressalien, und es muß dementsprechend der Vorschlag in dem Leitartikel von Nummer 250 berichtigt werden. Nach Art. 82, 6 können wirtschaftliche Druckmittel nur durch Reichsgesetz erfolgen.

Das Ziel der Reichsexekution ist die Erzwingung der Landespflicht. Deren Verletzung durch Sachsen ist so offenkundig, daß sich kein Einsichtiger der Notwendigkeit dieser Maßnahme verschließen kann.

Gleichzeitig mit dem Ultimatum an Sachsen hat die Reichsregierung an Bayern eine energische Mahnung zur Landespflicht, d. h. zur verfassungsmäßigen Wiederherstellung der Befehlsgewalt in der Reichswehr, gerichtet, aus der Bayern eine Landeswehr unter dem Kommando des vom Reiche abgesetzten Generals von Lossow gemacht hat.

Eine Reichsexekution muß sich gleichmäßig auf alle erstrecken, die die Landespflichten verletzen. Sie ist ein so äußerstes Mittel, daß nur seine gleichmäßige Behandlung und seine Durchführung dem Reiche helfen kann. Darum der Brief nach München. Hoffentlich wird er dort, wo ein Gegensatz zwischen Regierung und „Diktator" Kahr deutlich ist, verstanden.

Die Reichsregierung aber kann versichert sein, daß die Anwendung dieses äußersten Mittels in all den Kreisen begrüßt wird, denen der Reichsgedanke über alles teuer ist. Die Anwendung der „Exekution" in Sachsen mag denen zu denken geben, die auf das Schlagwort von der „marxistischen" Reichsregierung hereingefallen sind, und ein Blick auf die Karte mag ihnen zeigen, daß man Oberfranken nicht mehr fern ist, wenn man in Plauen der Reichsflagge Respekt verschafft hat! B.

Poincare besteht auf die Londoner Phantasiezahlen!

Eine neue Kriegerdenkmalssonntagsweiherede — ohne Neues.

Paris, 29. Okt. (WTB.) In der Rede, die Poincaré gestern nachmittag bei einer Kriegerdenkmalseinweihung in Sampigny hielt, sagte er: Es wäre höchst unvorsichtig von uns, wenn wir nicht auf der Hut wären und jedes Schutzmittel preisgäben oder geschwächt würden. Wir sind ebensowenig geneigt, unsere Ansprüche bezüglich der Reparationen zu mindern. Deutschland selbst hat alle Ursache, sobald wie möglich die nötigen Maßnahmen zu treffen, um seine Gläubiger zu bezahlen. Sobald wie möglich muß es die nötigen Maßnahmen treffen, um sich Kredit zu beschaffen. Es weiß,

daß wir unsere Pfänder nicht aus der Hand geben

werden, bevor wir nicht den Betrag unserer Reparationen erhalten haben. Redner wandte sich an die Verbündeten. Wir erwarten von unseren Alliierten lediglich die Beachtung des Friedensvertrages, den sie gemeinsam mit uns unterzeichneten. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission gewissenhaft (!) festgesetzt worden. Das Zahlungsstatut ist Deutschland mit dem Ultimatum mitgeteilt worden. Die Festsetzung ist also endgültig (!), und da sie in Ausführung des Friedensvertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne Zustimmung abgeändert werden. Frankreich hat zu viel durchgemacht, um zu dieser Herabsetzung seine Zustimmung zu geben. (!)

Poincaré antwortete in seiner Rede weiter besonders auf die

Rede des englischen Ministerpräsidenten

in Plymouth. Er führte dabei aus: Ich habe mir zunächst gesagt, daß wir völlig einer Meinung sind, in der Auffassung nämlich, daß die Reparationsfragen sobald wie möglich unter den Alliierten geregelt werden und daß wir uns einigen sollten, um die Bezahlung der Reparationen zu sichern, wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Ansinnen zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren, von der sie spricht. Wenn sie lediglich den Wunsch hat, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so fällt es uns sehr leicht, uns über eine Idee zu verständigen. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem unser Einfluß, der schon sowieso hinter unseren Interessen zurückbleibt, noch weiter eingeschränkt werde.

Die Grenze unserer Zugeständnisse ist erreicht.

Die Aussichten der Reparationskonferenz

London, 29. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Das englische Kabinett und die Reichskonferenz wird in den nächsten Tagen die Ende voriger Woche eingegangenen schriftlichen Antworten von Frankreich und Belgien auf den englischen Konferenzvorschlag prüfen. Es soll insbesondere die Frage erörtert werden, ob es einen praktischen Zweck hat, eine internationale Kommission einzuberufen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen, da die Befugnisse dieser Kommission auf französischen Antrag soweit eingeschränkt werden, daß einem Bericht nur eine akademische Bedeutung beizumessen wäre. Sollte das Kabinett oder die Reichskonferenz zu dem Ergebnis gelangen, daß die französischen Vorbedingungen für die Zustimmung zur Ernennung des Sachverständigenausschusses annehmbar erscheine, so dürfte im Laufe dieser Woche, nachdem ein Meinungsaustausch mit Washington stattgefunden hat, ein konkreter englischer Vorschlag für die Ausgestaltung des Arbeitsprogramms des Sachverständigenausschusses Frankreich und den übrigen alliierten Regierungen übermittelt werden.

Brüssel, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Die belgische Regierung hat den Kabinetten von London und Washington mitgeteilt, daß sie den zweiten von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag annehme, wonach die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschuß abgeschätzt wird.

Paris, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Nach dem „Temps" wird Großbritannien an der Konferenz zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch Lord Curzon und Bradbury vertreten sein, die Vereinigten Staaten durch Morgan und Senator Root.

*

Die Separatisten in Mainz.

Mainz, 29. Okt. (WTB.) Am Sonnabend wurde das Stadthaus von den Franzosen und den Sonderbündlern geräumt.

Mainz, 29. Okt. (WTB.) In der Nacht zum Sonnabend drang ein aus Rüsselsheim kommender Haufen (nach Aussage der dortigen Bevölkerung soll es sich um Sonderbündler gehandelt haben) in das Dorf Bauschheim (Kreis Groß-Gerau) ein, angeblich um Vieh zu beschlagnahmen. Mit der Bauernschaft kam es zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf vier Eindringlinge getötet und auf beiden Seiten eine große Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr drangen die Sonderbündler erneut in das Dorf ein und setzten drei Gehöfte in Brand.

Der Kommissar für Sachsen.

Dresden, 29. Okt. Drahtmeldung des WTB.) Wie das Wehrkreiskommando IV mitteilt, hat der Reichskanzler den Reichsjustizminister a. D. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Das Wehrkreiskommando IV erläßt folgende Bekanntmachung vom 29. Oktober: In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich:

Bis zur Einberufung des Landtages durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtages nicht statt. Der Militärbefehlshaber: Müller.

Schwere Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 29. Okt. (WTB.) Ein Kommando der blauen Polizei, das zur Verhinderung im Gange befindlicher Plünderungen und zur Sicherung von Lebensmitteltransporten eingerückt war, wurde in der Kölner Straße nahe beim Markt mit Steinwürfen überfallen. Es entstand ein regelrechtes Feuergefecht. Gegen die Beamten wurde eine Handgranate geworfen, wodurch fünf Personen verletzt wurden, davon einige schwer. Auch an anderen Stellen der Stadt haben die Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte ihren Fortgang genommen. Die Polizei ist zu schwach, um den Plünderern Einhalt zu tun.

Amtliche Devisenkurse am 29. Oktober 1923.

	Geld	Brief
1 holländischer Gulden .	25 137 000 000	25 263 000 000
1 belgischer Frank . . .	3 232 000 000	3 248 000000
1 norwegische Krone . .	9 975 000 000	10 025 000 000
1 dänische Krone . . .	11 172 000 000	12 228 000 000
1 schwedische Krone . .	16 957 000 000	17 043 000 000
1 italienischer Lire . . .	2 913 000 000	2 927 000 000
1 Pfund Sterling . . .	289 275 000 000	290 725 000 000
1 Dollar	**64 838 000 000**	**65 162 000 000**
1 französischer Frank . .	3 771 000 000	3 789 000000
1 Schweizer Frank . .	11 551 000 000	11 629 000000
1 tschechische Krone . .	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231029-10/fragment/page=0001

Die Versuche der Umstellung im Westen.

Neue Verhandlungen der Industrie.

Paris, 29. Okt. (WTB.) Der Düsseldorfer Korrespondent des „Petit Journal" berichtet, daß Stinnes der französisch-belgischen Militärmission ein Projekt für Wiederaufnahme der Arbeit unterbreitet habe, das eine ernste Verhandlungsgrundlage darstelle. Er habe Bevollmächtigte zurückgelassen, die den Sonnabend über die Verhandlungen fortgesetzt hätten. Diese stünden vor dem Abschluß und würden höchstwahrscheinlich am nächsten Dienstag zu einem bestimmten Abkommen führen. (?)

Verhandlungen in London mit deutschen Vertretern

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Wie wir erfahren, werden in London Anfang nächster Woche unter englischem Vorsitz Verhandlungen über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhreinbruches abgebrochenen Beziehungen des Reichsausgleichsamtes zu den französischen und belgischen Ausgleichsämtern und über erneute deutsche Beteiligung bei den deutsch-französischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgerichtshöfen stattfinden. Die deutsche Regierung wird an diesen Verhandlungen durch den Ministerialdirektor Dr. Lottosch vom Reichsministerium für Wiederaufbau und Dr. Göppert vom Auswärtigen Amt vertreten sein.

„Reise"-Prüfungskommission?

Paris, 29. Okt. (WTB.) Die französische Regierung sandte eine Delegation nach Düsseldorf, um an Ort und Stelle die finanziellen Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes zu „studieren" und alle finanziellen Fragen zu prüfen, die durch die augenblickliche Lage im Rheinland aufgeworfen werden.

Ein Sonderbündler-Kabinett?

Paris, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Aus Koblenz wird mitgeteilt, daß die Sonderbündler zur Bildung einer provisorischen Regierung geschritten sind. Die einzelnen Ressorts sind wie folgt verteilt: **Matthes**, Ministerpräsident; **v. Rosen**, Minister für Handel und Industrie; **Walterhoff**, Finanzminister; **Liebing**, Minister des Innern und Generalkommissar der Rheinpfalz; **Kremer**, Kultusminister; **Müller**, Verkehrsminister; **Kleber**, Justizminister; **Simons**, Landwirtschaftsminister; **Guthardt**, Generalkommissar für die belgische Zone.

Dem Berichterstatter des „Echo de Paris" zufolge hat der Delegierte der Rheinlandkommission, Philippe, den Separatisten **Oehmen** als Regierungspräsidenten anerkannt. Die provisorische Regierung verfügt außerdem über zwei Zeitungen, in denen sie ihre Kommuniques veröffentlicht, sowie auch über eine Druckerei, in der ihre Proklamationen hergestellt werden. Der Berichterstatter des Pariser Blattes wurde vom Finanzminister Dr. Vosterhoff empfangen, der ihm Angaben über die künftige Finanzpolitik der separatistischen Regierung machte.

Koblenz, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Der französische Bezirksdelegierte der Rheinlandkommission hat die Vertreter der Stadtverwaltung zu sich beschieden und ihnen mitgeteilt, daß die vollendete Tatsache des Besitzergreifung der Macht durch die Separatisten anerkannt werden müsse, sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Stadtverwaltungen. Die Vertreter der Stadt haben in ihrer Antwort erklärt, daß sie es ablehnen müßten, mit oder unter den Separatisten zu arbeiten. Sie würden weder einen separatistischen Regierungspräsidenten noch einen solchen Bürgermeister anerkennen. Das gleiche Ansinnen wurde, wie gemeldet, auch in zahlreichen anderen Orten an die Beamten gestellt, überall aber mit dem gleichen Mißerfolge.

Weitere französische Meldungen berichten aus Aachen von Kämpfen um die Regierungsgebäude.

All diese Havasprodukte sind natürlich mit Mißtrauen aufzunehmen. Die Anlehnung der Separatisten an das französische und belgische Militär ist Tatsache, aber die Durchsetzung der Separatistengewalt ist selbst unter dem Schutz der Maschinengewehre noch längst nicht soweit gediehen, wie die erste Meldung den Anschein erwecken will.

Deckers & Co. in Aachen.

Aachen, 29. Okt. (Priv.-Tel.) Eine Kundgebung des Sonderbündlerführers Leo Deckers erklärt, die Interalliierte Rheinlandkommission habe die sogenannte Regierung der rheinischen Republik und ihre örtlichen Vertreter anerkannt. Die Beamten werden unter Hinweis auf die Vollmachten der britischen Regierung aufgefordert, den Dienst bis Montag, den 29. Oktober, nachmittag 3 Uhr, wieder aufzunehmen.

Dazu wird hier von zuständiger Seite mitgeteilt, daß sowohl der Kreisdelegierte, wie auch der Bezirksdelegierte der Rheinlandkommission den mehgedachten amtlichen deutschen Stellen gegenüber die erwähnte Behauptung in der Kundgebung der „Firma Deckers" für falsch erklärt haben. Auch Oberkommissar Tirard habe erklärt, er werde nur die Regierung anerkennen, die tatsächlich die Macht habe.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der Neuyorker Schlußbörse: Dollarparität 66⅔ Milliarden, in der Nachbörse Dollarparität a. 58 823 000 000.

*

WTB. meldet aus Hamburg: Vom außerordentlichen Gericht wurde der Schlosser Ernst Toretzki wegen Hochverrats und Aufruhrs zum Tode, wegen versuchten Totschlages und Landfriedensbruches zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. — Das Verbot der Versammlungen und Straßen zwischen 11 und 5 Uhr nachts wurde aufgehoben. Die 10-Uhr-Polizeistunde bleibt bestehen.

*

Im Hafenarbeiterstreik fällte der Sonderschlichtungsausschuß einstimmig einen Schiedsspruch, nach dem bis zum 31. Oktober der Schichtlohn 64.89 Milliarden Mark beträgt. Man nimmt an, daß die Mehrzahl der Arbeiter dem Schiedsspruch zustimmen und noch heute wieder zur Arbeit antreten wird.

*

Aus dem Haag meldet **WTB.**: Das Ministerium hat gestern wegen der Ablehnung des Flottengesetzes durch die zweite Kammer seine Demission eingereicht. Die Königin hat das Ersuchen in Erwägung gezogen und die Minister ersucht, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

*

Infolge der politischen Vorgänge im Deutschen Reich wurde die tschechoslowakische Gendarmeriemannschaft an der bayerischen und der sächsischen Grenze bei Eger um das Dreifache verstärkt. Eine ganze Anzahl von Gendarmen wurden von der Behörde nach Aich beordert.

Wer bezahlt für die Ruhr?

(Aus dem „Manchester Guardian".)

Innerhalb der nächsten paar Wochen wird Frankreich, so scheint es, eine wichtige Entscheidung treffen müssen; wie die Bevölkerung der Ruhr leben soll, wenn sie überhaupt leben soll. Vor der Besetzung war das Ruhrgebiet der blühendste Teil Deutschlands. Während der Besetzung hörte es zunächst auf, sich selbst zu erhalten, und begann immer in immer steigendem Maße von den Unterstützungen aus dem übrigen Deutschland zu leben. Nun ist es in industrieller Beziehung herrenlos. Ohne Zweifel, wenn die französischen Truppen durch ein Wunder zurückgezogen würden und alle Formen des Druckes auf Deutschland plötzlich aufhörten, könnte die Ruhr innerhalb weniger Monate zu ihrer früheren Reglamkeit gedrängt werde. Selbst wenn ein Zeitraum des Wartens und der Reorganisation eintreten müßte, sollte unbedingt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von außen her unterhalten werden müßte. Da aber die französischen Truppen noch da sind wo sie sind und die französische Politik auch dieselbe geblieben ist, so kann diese Zeit der Abhängigkeit von Außenhilfe unbegrenzt ausgedehnt werden. Sie wird sicherlich über die Zeit hinaus ausgedehnt werden, während welcher die deutsche Regierung die Bevölkerung unterstützen kann. Schon hat die Regierung den Hütten (die nun anfängen, daß sie infolgedessen gezwungen seien, ihre Betriebe zu schließen), die Unterstützung entzogen und die Arbeitslosenunterstützung beträchtlich vermindert. Binnen kurzem kann sie durch ihre eigenen Nöte gezwungen sein, die Ruhr sich selbst und der „Gnade" der Franzosen zu überlassen. Sie ist in dieser Richtung schon so weit gegangen, daß Tausende von Arbeitern täglich entlassen werden, und die Frage, wie sie leben sollen, kann nicht länger aufgeschoben werden. Aber es ist eine Frage, die Herr Poincaré augenscheinlich nicht ins Auge gefaßt hat und nicht ins Auge fassen kann, ohne zuzugeben, daß sein „produktives Pfand" zu einer „unproduktiven" Verantwortlichkeit geworden ist. Seine Politik, so unglaublich es scheint, ist immer noch auf die Annahme gegründet, daß die Ruhr ein **Schatzhaus** ist, das nach Belieben geplündert werden kann, und nicht ein komplizierter **Mechanismus**, den er für eine Zeit außer Tätigkeit gesetzt hat.

Seine augenblicklichen Forderungen sind genau noch dieselben wie zu der Zeit, wo der Mechanismus in vollem Betrieb war und alle seine Teile gut funktionierten. Er sagt z. B. den Grubenbesitzern, daß sie nicht nur Kohle fördern und vollen Lohn bezahlen sollen, sondern auch ein Fünftel ihrer Maximalförderung kostenfrei an Frankreich liefern sollen, weitere Lieferungen für die Besatzungsarmee und die Eisenbahnverwaltung machen und für den Rest eine Taxe von 40 Prozent Ausfuhrzoll zahlen. Es ist lächerlich. So wie der Transport augenblicklich liegt, können die Gruben überhaupt nicht betrieben werden. Selbst wenn die Eisenbahner morgen in Masse zurückkehrten (was M. Poincaré nicht einmal erlaubt), wird es lange dauern, ehe die Eisenbahnen den normalen Ertrag der Ruhr befördern können. Selbst in Deutschland kostet Ruhrkohle bedeutend mehr als englische Kohle, und die meisten Ruhrprodukte, von aufgehäuften Vorräten abgesehen, können nicht zum Weltmarktpreise verkauft werden. Wie lange sie außerdem noch die Reparationskosten tragen? Es ist daher nicht überraschend, daß solchen Forderungen gegenüber, die Ruhrindustriellen zu keinem Abschluß mit den Franzosen gekommen sind. Die deutsche Regierung hat ihnen — und anscheinend auch M. Poincaré — gesagt, daß sie ihnen die Kosten für Reparationslieferungen nicht ersetzen kann und auch nicht in der Lage ist, irgendwelche direkte und indirekte Beihilfe weiter zu gewähren. Wovon sie darum also nicht meistern von den Reparationslieferungen befreit kann geschehen? Die deutsche Regierung hat ihre Pflicht, das Elend in der Ruhr zu lindern, nicht aufgegeben, genau so, wie sie es nach ihrem Vermögen, in irgend einem anderen Teile Deutschlands tun würde. Aber sie kann nicht den größeren Teil der Bevölkerung unterstützen und erhalten, war es doch gerade ihre Unfähigkeit, es länger zu tun, die das Ende des passiven Widerstandes herbeiführte. Werden werden, haben sie keine andere Wahl, als zu schließen. Was wird die Franzosen sie unterstützen? Da sie ja die tatsächliche Kontrolle an der Ruhr haben, kann man sicher einsehen, wie sie es abschlagen könnten. Die Theorie der „produktiven Pfänder" müßte aufgegeben werden, aber eine andere, vielleicht schlimmere, könnte gefunden werden. Z. B. könnte gesolgert werden: Da die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen gegen die Ruhrbevölkerung aufgibt und da diese Verpflichtungen (Unterhalt) nun von den Franzosen übernommen worden sind, so sei Frankreich berechtigt, auch die Vorrechte des tatsächlichen Besitzes zu beanspruchen; — oder: da Frankreichs Ansprüche nicht aus den laufenden Erträgen der Ruhr befriedigt würden müßten sie durch Eigentumsübertragung gedeckt werden — d. h., daß Frankreich das Recht habe, selbst über das Eigentumsrecht der Gruben und Fabriken zu verfügen.

Es ist zu befürchten, daß M. Poincaré, falls er sich in der Notwendigkeit befindet, die seine gegenwärtige Politik unvermeidlich erscheinen läßt, die Ruhrbevölkerung zu erholten, einen Preis dafür erpressen wird, und daß dieser Preis die besetzten Gebiete auf irgendwelche Weise politisch und wirtschaftlich in noch stärkere Abhängigkeit von Frankreich bringt. Wie sonst soll man die Zurückweisung des Angebotes der Industriellen erklären, die eine Wiederaufnahme der Arbeit möglich machen wollten? Wie soll man es erklären, daß er überhaupt ablehnt, mit der deutschen Regierung zu verhandeln oder den Eisenbahnbeamten, die willens sind zurückzukehren, unnötige Schwierigkeiten bereitet? Es ist über drei Wochen her, daß der passive Widerstand aufgehört hat, aber er hat nichts getan, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu fördern, und sehr viel, sie zu hindern. Kann man vernünftigerweise annehmen, daß er **keinen** Beweggrund hat? Seine Absichten, welche es auch sein mögen, müssen in Kürze ans Licht kommen. Die deutschen diplomatischen Vertreter haben sowohl Paris als auch Brüssel neue Angebote gemacht, die es anscheinend von neuem klar gemacht haben, daß die deutsche Regierung, obwohl sie in der Zwischenzeit nichts Wirksames in Finanzreparationszahlungen tun kann, doch alles tun will, was in ihrer Macht liegt, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu fördern. Auch Herr **Stinnes** soll zu derselben Zeit in frische Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden eingetreten sein. Wenn Herr Poincarés Halsstarrigkeit bisher nur taktisch gewesen ist und bestimmt war, ihn beim Feilschen um den höchsten Preis zu unterstützen, so ist noch etwas Zeit für ihn zum Verhandeln. Aber nicht viel Zeit! Sollten die Verhandlungen scheitern, so sind Massenentlassungen von Arbeitern für die nächsten Tage zu erwarten. Unter diesen Umständen kann es nur höchstens ein paar Wochen dauern, und das Reich wird ein weites Hungerfeld. Herr Poincaré wird sich schnell entschließen müssen, ob er das will oder ob er erlaubt, daß die Ruhr unter erträglichen Bedingungen arbeitet. Die Möglichkeiten in der Zwischenzeit schließen keine nutzbringende französische Ausbeutung ein.

K.

Deutschland.

Maßnahmen, die Landwirtschaft zum Verkauf zu bewegen.

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat dafür Sorge getragen, daß die Reichsgetreidestelle beim Ankauf von Getreide Goldanleihestücke mit besonderen Begleitscheinen hingibt, die mit diesen Begleitscheinen von den Finanzkassen als vollwertige Steuer in Zahlung genommen werden. Weiter ist Vorkehrung getroffen, daß dem Stickstoffsyndikat der Thomasmehl- und Superphosphatzeugnisse die Goldanleihestücke, die sie von den Landwirten für Düngemittel in Zahlung nehmen, zum Mittelkurs für Dollarauszahlung New York am Tage vor der Einlieferung der Stücke bei der Reichsbank abgenommen werden. Weiter wird für landwirtschaftliche Organisationen, die Kartoffeln in durch Lebensmittelnot gefährdete Gebiete einführen, die Goldanleihe zur Bezahlung der eingeführten Kartoffeln zur Verfügung gestellt, und es werden dem Deutschen Städtetag zum Kartoffelankauf für besonders notleidende Gemeinden Goldanleihestücke bereitgehalten.

Provinz und Nachbarländer.

Teuerungstumulte in Halle.

+ **Halle.** Auf dem Wochenmarkte am Sonnabend kam es zu Tumultszenen. Mehrere hundert Frauen zogen vor das Rathaus und verlangten vom Magistrat Hilfsmaßnahmen gegen die Teuerung. Der Magistrat gab die Erklärung ab, daß schon in kommender Woche für rund 30 Millionen Mark Lebensmittel zur Verteilung sein werden. Für die Erwerbslosen und kinderreichen Familien soll ausreichend gesorgt werden, auch wird mit der Volks- und Kinderspeisung in den nächsten Tagen begonnen werden. Da sich die Menge jedoch nicht zerstreute und da ein **Brotwagen von Erwerbslosen gestürmt** wurde, griff ein Kommando Schutzpolizei ein und säuberte den Marktplatz. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet.

Die Cölmer Mörder ermittelt!

+ **Halle.** In Wettin (Bez. Halle) wurden die Arbeiter **Hoher** und **Häpfner**, sowie der Arbeiter **Lengrich** aus Closchwitz verhaftet unter dem Verdacht, den Mord auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn im vorigen Jahre, wobei drei Personen, darunter auch Frau Gutsbesitzer Nette, ermordet und beraubt wurden, begangen zu haben. Die Sache soll durch einen Streit der Ehefrauen als Tageslicht gekommen sein.

Die blonde Hindu.

Roman von Friede Birkner.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Mein lieber Herr Markus, ich kann Ihnen nur wieder und wieder versichern, daß ich nicht weiß, wovon Sie sprechen."

„Leugnen Sie auch noch angesichts dieses?" fragte Alois und legte den Brief vor Lutz auf den Tisch.

„Ich muß wieder fragen: was ist das für ein Brief?"

„Mein Gott", sagte Alois, sich an die Stirn fassend. „Sie sind wirklich nicht derjenige, der mir das Geld geschickt hat?"

„Also ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich Ihnen kein Geld geschickt habe und nicht weiß, wovon Sie sprechen", antwortete Lutz ihm ernst.

„Dann lesen Sie, bitte, diesen Brief."

Alois ließ sich ermattet in einen Sessel sinken, während Lutz verwundert und aufmerksam den Brief und die Anweisung las.

„Das ist wirklich wunderbar! Doch wie kamen Sie zu der Annahme, daß ich der Absender dieses Schreibens sei?"

„Weil Sie der einzige Mensch sind, der von meinen geschäftlichen Schwierigkeiten Kenntnis hat."

„Mein lieber Herr Markus, so gern ich Ihnen geholfen hätte, auf diesen Gedanken bin ich nicht gekommen."

„Also Sie nicht?! Ja, wer in aller Welt ist dann mein Wohltäter?"

„Haben Sie keine Vermutung?"

„Keine! Sie waren mein ganzer Verdacht."

„Haben Sie schon bei der Bank angeklingelt?"

„Ja, und es stimmt — es stimmt alles ganz genau."

„Und das sagen Sie so benommen? Freuen Sie sich doch!"

„Wissen Sie, die rechte Freude wird erst noch kommen. Jetzt quält es mich noch zu sehr, daß ich nicht weiß, wem ich danken soll."

„Das kann ich Ihnen nachfühlen, aber es sollte Ihnen wirklich die Freude nicht beeinträchtigen."

„Was raten Sie mir zu tun?"

„Nun, das Nächstliegende. Ruhig nach den Anordnungen des Briefes handeln und es dem Zufall überlassen, hinter das Geheimnis des Absenders zu kommen! Er wird sich schon melden."

„Sie finden es also nicht gewissenlos, wenn ich das Geld von einem Unbekannten annehme?"

„Aber nein doch!"

„Ihre Versicherung beruhigt mich. Ich will Sie nun nicht länger stören und will versuchen, ein wenig Ordnung in das Chaos meiner Gedanken zu bringen."

„Lassen Sie mich Ihnen noch meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen für die Befreiung von all' Ihren schweren Sorgen. Ich werde mich nun bemühen, Ihnen, wo ich kann, in geschäftlicher Beziehung beizustehen. Darf ich Sie um Empfehlung an Ihre Frau Gemahlin und Fräulein Nichte bitten?"

„Raja, meine kleine Raja! An sie hab' ich ja in all' meiner Aufregung noch nicht gedacht," sagte Alois mit einem glücklichen Gesicht. „Wird die kleine Raja nun für immer bei Ihnen bleiben?"

„Ich hoffe und wünsche, daß sie sich bei uns einlebt. Bis jetzt hat sie auch noch nicht sonderlich großes Heimweh gehabt nach Indien. Nun ist ja auch bald ihr einundzwanzigster Geburtstag; da hat sie ja dann das Recht, selber über sich zu bestimmen."

„Sie wird sich dann sicherlich für Deutschland entscheiden, denn drüben in Indien hat sie ja wohl keine Angehörigen?"

„Nein, sie lebte ganz allein. — Doch nun will ich mich ernstlich empfehlen."

Die Beiden schüttelten sich die Hand und gingen auseinander.

Nachdem sich Alois nochmals von dem Vorhandensein des Geldes auf der Bank überzeugt hatte, fuhr er schnell nach Haus. Sein erster Gang war nun hinauf zu Raja, die ihm mit einer begreiflichen Ungeduld entgegensah.

„Raja, meine kleine Raja," sagte Alois, das junge Mädchen zärtlich an sich drückend, „freue dich mit mir, lache und juble, ich selbst kann es vor lauter Freude noch nicht. Dein alter Onkel muß sich erst langsam an den Gedanken gewöhnen!"

„Worüber freust du dich so, lieber Onkel Alois?"

Raja heuchelte wie die gewiegtesten Schauspielerin Harmlosigkeit und Unwissenheit.

„Worüber ich mich freue. Kind, ich habe keine Sorgen mehr! Durch ein Wunder bin ich davon befreit worden."

„O, schnell, erzähle!" bat Raja und nötigte ihn liebevoll in einen Sessel.

„Erzählen läßt sich das nicht. Sieh hier, lies das und du wirst mich begreifen."

Er breitete den Brief samt seinem Inhalt vor Raja aus, die nun mit aufgebietstem Interesse alles durchlas; sie staunte im Geheimen, wie diplomatisch der alte Beitel Cohn alles erledigt hatte.

„Stimmt das auch alles, was da steht?"

„Ja, Kind, das ist eben das Wunderbare! Das Geld kann ich jederzeit von der Bank holen."

„Und hast du irgendeine Vermutung, wer der andere sein könnte?"

„Jetzt niemand mehr. Erst glaubte ich mit Bestimmtheit, daß es Bretorius sei."

„Lutz Bretorius?"

„Ja, Kind. Doch ich bin gleich zu ihm hingefahren und hab' es ihm auf den Kopf zugesagt."

„Nun, und?"

„Er leugnete und gab mir sein Ehrenwort, daß er es nicht sei!"

„Lutz Bretorius könnte man dies alles schon zutrauen," sagte Raja versonnen.

„Oho, hast du solch hohe Meinung von Herrn Bretorius?" Alois drohte lächelnd mit dem Finger.

Sie wandte das errötende Köpfchen zur Seite und sagte leise und stockend:

„Ich glaube, Lutz Bretorius ist ein lieber, guter Mensch."

„Kleine Raja!"

Besorgt blickte Alois sie an. Sie sah ihn mit ruhigem Gesicht an.

„Doch lassen wir Lutz Bretorius nun und sprechen wir von dir." Und scheinlich fügte sie hinzu: „Hast du nun keinen Verdacht mehr auf jemand? Überleg' doch nur!"

„Niemand! Ich stehe vor einem Rätsel!"

„Sag', Onkel, da du jetzt keine Sorgen mehr hast, darf sich doch deine kleine Raja etwas wünschen?" schmeichelte sie bittend.

„Schnell, sag deinem alten Onkel, was du dir wünschst. Du hast mir früher so selten die Freude gemacht, dir etwas zu wünschen. Es wird bewilligt!"

„Sei nicht leichtsinnig, Onkel. — Ich wünsche mir also von dir ein paar Kleider, so süße, nette, wie sie hier die jungen Mädchen alle tragen, und auch solch reizende Schuhe dazu."

„Damit erfreust du mich, mein liebes Kind. Merke ich doch daraus, daß du bei uns bleiben willst."

Zärtlich schmiegte sich Raja an ihn."

„Immer, Onkel, wenn du mich behalten willst."

„Wie kannst du nur so sprechen!"

„Wird es aber auch Tante Eulalia recht sein?"

Einen Augenblick sah Alois vor sich hin, dann sagte er entschlossen:

„Ja, kleine Raja, von heute an wird es Tante Eulalia recht sein, denn jetzt beginnt überhaupt ein neues Leben bei uns." Mit einem wohligen Gefühl kam es Alois zum Bewußtsein, daß er nun nicht mehr als Schuldner und bankrotter Mann zur Eulalia stand. Alles, was er aus dem Gefühl heraus, auch Eulalias Vermögen mit verloren zu haben, erbuldet hatte, sollte und mußte nun anders werden.

„Deine Wünsche werden dir alle erfüllt. Gleich morgen sollst du gehen und dir selbst alles nach deinem Geschmack kaufen."

„Du guter, lieber Onkel!"

13.

„Der Mai ist gekommen, der Feri kommt bald nach!" lang Bob aus voller Kehle, während er in seinem Schlafzimmer stand und seinen allmorgendlichen Boxermatch mit Sib und Sab erledigte. Er war der Ansicht, daß dieses Boxen alle häßlichen Schlacken von seiner schönsten Seite beseitigte, so gewissermaßen als Wurstsiffiation, und er lebte dann in dem schönen Wahn, daß er tagsüber sanft wie ein Lämmlein sei. Gute Menschen ließen ihn auch in seinem schönen Wahn.

Lutz trat ein, fix und fertig zum Ausgehen gerüstet, und versuchte in dem Höllenlärm, der durch Rufe wie „Hallo!" Hol! Aul! Hoppla, old boy!" interessante Unterbrechungen fand, die Aufmerksamkeit Bobs auf sich zu lenken. Sein Bemühen war erfolglos, bis er mit aller Kraft brüllte:

„Bob!"

„Hallo? Halt! Sib — Pause!"

„Armer Junge, du mußt dir dein Frühstück schwer verdienen!"

„O, das macht nichts!" Bob stand in seinem schwarzen kurzen Beinkleid und dem weißen Hemd strahlend und gesundheitstrotzend vor Lutz.

„Na, Bremen bekommt dir ja ganz gut, mein alter Junge!"

„O, ich kann nicht klagen!"

„Und Heimweh hast du wohl auch nicht?"

„Das ist altmodisch!"

„So? Hast du denn wenigstens Sehnsucht nach unserem Freunde Feri?"

„Und ob! Ich singe ja schon den ganzen Morgen: Der Mai ist gekommen, der Feri kommt bald nach!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231029-10/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

29. Oktober.

Helft den Hungernden!

Der Aufruf zur Unterstützung der Volksspeisungen hat erfreulicherweise offene Herzen gefunden und erhebliche Mittel sind gleich in den ersten Tagen eingegangen. Infolge der unheimlichen anhaltenden Geldentwertung und der Teuerung wächst aber die Not und das Elend riesenhaft und erneut müssen wir uns an alle hilfsbereiten Mitbürger wenden mit der Bitte, zu opfern, was sie nur opfern können. Nicht nur Geldspenden, sondern vor allem auch Naturalien sind herzlich willkommen. Auch hier gibt es Helfer, so hat Stadtrat Kohl als wertbeständige Gabe 10 Zentner Briketts und 5 Zentner Kartoffeln gespendet.

In unserer Geschäftsstelle gingen ferner ein:

Ungenannt 2 Milliarden, Grübe, Kl. Ritterstr. 6 1, 5 Milliarden, K. O. 1 Milliarde, A. F. 10 Milliarden.

Der in unserer Quittung am Sonnabend genannte Herr Kurze, Frankleben, stiftete die 10 Milliarden für alte Leute, nicht für die Volksspeisung. Der Betrag wurde dem Wohlfahrtsamt zugeführt.

*

Wertbeständiges Geld!

Wie wir bereits am Sonnabend mitteilen konnten, sind die Bestrebungen auf die Herausgabe wertbeständigen Stadtnotgeldes von Erfolg gewesen. Im Anzeigenteile unserer heutigen Zeitung kündigt der Magistrat die Ausgabe nunmehr offiziell an. Die Arbeitgeber, die zur Auszahlung an ihre Arbeitnehmer wertbeständiges Notgeld wünschen, müssen am Dienstag die gewünschten Beträge bei dem Rechnungsamt anmelden und den Gegenwert in Goldanleihe bei der Sparkasse hinterlegen.

Das Ammoniakwerk Merseburg verwendet bereits ab heute als wertbeständiges Geld sogenannte Notgeldscheine auf Goldanleihe zu Lohnzahlungen, und zwar kommen Scheine über 0,42 Goldmark zur Ausgabe.

Das städtische Geld ist in Scheinen von 42 Goldpfennigen, 2,10 und 4,20 Goldmark gestückelt. Für den Kleinhandelsverkehr (zum Wechseln) wäre u. E. wünschenswert gewesen, wenn man auch wie in Erfurt Stücke zu 4,2, 8,4 und 21 Goldpfennige ausgefertigt hätte. Vielleicht springt hier das Reich ein.

Da das wertbeständige Notgeld durch die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften vollkommen wertbeständig gedeckt ist, hat dieses wertbeständige Notgeld den gleichen inneren Wert wie die Goldanleihe. Es wird damit ein Zahlungsmittel geschaffen, das der Geschäftswelt und den Privaten die unbedingte Bürgschaft für die Sicherheit gibt. Selbstverständlich bleibt die Papiermark vorläufig das gesetzliche Zahlungsmittel.

Die Geschäftsleute müssen nunmehr ihre Warenpreise in Papiermark und Goldmark zum Aushang bringen. Der geschäftliche Verkehr wird allerdings in der Übergangszeit etwas erschwert, da oft auf wertbeständiges Geld Papiermarksummen herausgegeben werden müssen. Zur Erleichterung der Rechnung wird der „Merseburger Korrespondent" täglich den Papiermark-Wert der einzelnen Notgeldscheine nach dem amtlichen Kurse der Goldanleihe veröffentlichen.

*

Ein herrliches Herbstwetter

brachte gestern manchem von Sorgen geplagten Mitbürger eine rechte Sonntagsfreude. In reinem Blau spannte sich der Himmel und die Sonne wärmte mit fast sommerlicher Kraft. Die Anlagen waren erfüllt von Spaziergängern. Die herbstlich bunten Bäume und Sträucher gaben im leuchtenden Sonnenschein wunderschöne Bilder. Von besonderem Reiz ist ein Blick über die Aue von Göthorns Park aus. Der sonntägliche Spaziergang mit seinen vielen Naturfreuden ist manchem ein Trost gewesen. — Interessant ist es, das stete Steigen der Saale, deren Strömung jetzt recht stark ist, zu beobachten. Auch der Wasserstand des Teiches ist jetzt ungewöhnlich hoch.

*

** **Vereinfachte Einführung neuer Lehrbücher.** Für die Einführung von Lehrbüchern an den höheren Lehranstalten für die männliche und für die weibliche Jugend hat der Minister für Volksbildung eine neue Ordnung erlassen. Das Antragsverfahren wird dadurch vereinfacht, um die Herstellungskosten zu vermindern und die Bücher billiger zu machen. In Gebrauch genommen werden dürfen nur Bücher, deren Einführung vom Minister ausdrücklich genehmigt worden ist. Die Verleger reichen ihm neue Bücher alljährlich bis zum 1. April in Korrekturabzug unter Angabe des Preises ein. Jeder unnötige Wechsel ist zu vermeiden. Im allgemeinen sind nur solche Bücher zu ersetzen, die vergriffen sind oder als veraltet gelten können. Eine unnötige Mannigfaltigkeit in einer Stadt oder einem Bezirk soll durch Vereinbarungen vermieden werden. Die Anschaffung anderer als der genehmigten darf weder gefordert noch empfohlen werden. Während des Auftrieges einer Klasse soll nicht gewechselt werden.

** **Der Fahrkartenverkauf der Tariferhöhungen.** Dem Reichsverkehrsminister sind von verschiedenen Seiten Beschwerden zugegangen, daß bei einzelnen großen Fahrkartenausgaben am Tage vor einer Tariferhöhung der Fahrkartenverkauf vorzeitig mit der Begründung eingestellt worden ist, daß die Schalterzeit abgelaufen sei. Reichsverkehrsminister Oeser ist diesen Beschwerden nachgegangen und verkennt nicht, daß die in kurzen Fristen aufeinanderfolgenden Tariferhöhungen außerordentliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Schalterbeamten stellen; gleichwohl müsse dafür gesorgt werden, daß die Reisenden von der Möglichkeit der Vorlösung von Fahrkarten auch den nötigen Gebrauch machen können, und am Tage vor Tariferhöhungen soll die Leistungsfähigkeit der Fahrkartenschalter durch Verstärkung der Arbeitskräfte und Öffnung von Aushilfsschaltern nach Möglichkeit erhöht werden. Außerdem sollen über den Schaltern weithin sichtbare Anschläge angebracht werden, die das Publikum über den Schluß des Fahrkartenverkaufs unterrichten.

** **Herbstjahrmarkt.** Über Nacht ist auf dem Marktplatz eine Budenstadt entstanden, größer als man angesichts der schwierigen Lage im Geschäftsleben erwartete. Seit heute morgen drängen sich große Menschenmengen auf dem Markte, weniger um einzukaufen, als die Vergnügungen zu sehen, die die Händler auf seinen Tischen und Ständen anpreisen. Auch hier werden die Milliarden als kleinste Rechnungsmünze angesehen. Den meisten Volksgenossen geht es leider so, daß sie die Waren gegen den Friedenswert billig finden — nur fehlen ihnen die Milliarden heute mehr, als früher die Pfennige. Warme Würstchen kosten mit Brötchen 5 Milliarden, trotzdem haben eine ganze Reihe Würstchenverkäufer den Mut gehabt, ihren Stand aufzubauen. Unter dem Publikum ist vor allem lebhaftes zu bemerken. Es ist zu hoffen, daß auch unsere heimische Geschäftswelt, deren Betriebe durch die erlahmte Kaufkraft der städtischen Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen sind, etwas von dem Jahrmarktrumsatz spürt.

** **Ein großer Diebstahl** wurde in einem Industriewerk ausgeführt. Die Diebe erbeuteten eine Reihe wertvoller Autozubehörteile. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe wertbeständige Belohnung ausgesetzt. (Siehe Anzeige.)

** **Diebstahl.** Am Sonntag abend zwischen 6½ und 7 Uhr wurde von einem Fuhrwerk zwischen der Neumarktbrücke und Roschs Ziegelei ein Reisekoffer gestohlen. Der Bestohlene hat eine Belohnung von drei Zentnern Getreide auf die Wiederbeschaffung ausgesetzt. (S. Anz.)

** **Das Hochwasser der Saale** ist auch gestern weiter gestiegen und ist in tiefer gelegene Keller eingedrungen, so daß manche Bewohner des Neumarktes die kostbaren Kartoffel- und Kohlenschätze auf den Boden schaffen mußten. Ein Nachlassen des Hochwassers ist auch heute noch nicht festzustellen.

** **Von der Molkerei** wird uns mitgeteilt, daß wegen eines Milchfehlers heute keine Milch ausgegeben werden kann.

Hausbesitzer und Mietsätze.

Die gestrige Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins in Beths Gesellschaftshaus hatte einen starken Besuch aufzuweisen. Der 1. Vorsitzende, Bäckermeister Freiberger, teilte mit, daß die Bekanntgabe der

Mietsätze für November

noch nicht erfolgen könne. Ihm sei zugesagt worden, daß er am Sonnabend nachmittag im Besitz der neuen Sätze sein würde. Das hat sich jedoch nicht ermöglichen lassen. Gegenüber dem Stande von Ende September sei die Geldentwertung rasend fortgeschritten. Es sei wiederum damit zu rechnen, daß wie im Vormonat der Lohn für 4 Maurer-Arbeitsstunden für je 100 ℳ Grundmiete als Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten festgesetzt werde. Wenn auch der Hausbesitzerverein auf dem Standpunkt stehe, daß der Gegenwert von 5 Maurerstunden nötig sei, so habe man von der Durchfechtung dieser Forderung Abstand genommen, denn wenn die Kosten für die laufenden Instandsetzungsarbeiten nicht durch diesen Zuschlag gedeckt werden, so muß der Mehrbetrag umgelegt werden. In der letzten Kommissionsberatung über die November-Miete sei es einträglich und friedlich zugegangen. Die Hausbesitzer könnten ja weiter gegenwärtig nichts tun, als die ganze Mietpreisbildung lächerlich machen. Wenn dagegen im Mieterverein darauf hingewiesen wird, daß dem Hausbesitzer die 80 % der Friedensmiete als „Verdienst" verbleibt, so sei das Hohn, mit dem man den Hausbesitzer überschütte. Die Mietsätze und Umlagen sind hoch, nur bekommt der Hausbesitzer nichts davon. Die 7 % Verwaltungskosten seien nur bewegen bewilligt worden, weil sonst die Hausbesitzer die Einziehung und Ablieferung von städtischen Gebühren verweigert hätten. Was von seiten des Vereins angestrebt wurde, hat sich leider noch nicht erfüllen lassen, die Vereinfachung der Mietberechnung durch

Errechnung eines Wohnungsindex,

der zu gleicher Zeit auch die Nebenabgaben in sich schließen würde. Eine gemischte Sachverständigenkommission müßte die Miete in einigen Durchschnittshäusern errechnen und danach die Schlußfestzahl von Monat zu Monat festsetzen. — Ein Verdienst der Behörden sei es nicht, daß die

Mieten jetzt monatlich

erhoben werden können. Die Durchsetzung dieser Forderung sei vor allem der Verweigerung der Annahme der Miete für das 2. Vierteljahr zuzuschreiben. Bezüglich der monatlichen Vorauszahlung habe sich auch die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß der Mieter, der seine Miete erst am Schlusse des Monats bezahlt, diese aufgewertet bezahlen müsse, d. h. daß er an Zuschlägen für Instandsetzungsarbeiten den dann geltenden 4 fachen Maurerstundenlohn für je 100 ℳ Grundmiete zu entrichten habe. Das bedeutet, daß der Mieter, der im Oktober seine Miete erstens am letzten bezahlt, die November-Mietsätze bereits für Oktober zu entrichten habe. Die Höhersetzung der Mietzuschläge werde in einzelnen Fällen die Mieter zwingen, nach kleineren Wohnungen Umschau zu halten. Das werde auf dem Gebiete der Wohnungsnot erleichternd wirken. Wenn man bedenke, daß vor dem Kriege Merseburg etwa 24 000 Einwohner, jetzt 26—27 000 Einwohner zählte und die Neubauten betrachte, die seither entstanden sind, dann müsse man sagen, daß der Raum mit der Bevölkerungszahl ungefähr gleichmäßig gewachsen sei. Die Wohnungsnot komme also lediglich von dem größeren Ausbehnungsbedürfnis her, dessen Befriedigung man selbstverständlich jedem gönne.

Eine Aufstellung der neuen Mietsätze

wird sofort nach Bekanntgabe durch den Magistrat der „Merseburger Korrespondent" in der üblichen Form veröffentlichen. Bei gewerblichen Räumen ist ein Zuschlag von 25 Prozent zur Miete hinzuzurechnen.

Um die

Verteilung der Umlagen

zu erleichtern, ist es für jeden Hausbesitzer unumgänglich nötig, einmal eine Verteilungszahl zu finden, die er immer wieder anwenden kann. Zu diesem Zweck stellt er eine Tabelle auf, in der er sämtliche Wohnungen des Hauses mit den Friedens- und Grundmietbeträgen aufführt. Mit der Endsumme der Grundmietbeträge teilt er die Zahl 1000. Die sich hieraus ergebende Zahl nimmt er jeweils mal Grundmiete der einzelnen Wohnungen. Das Ergebnis der Multiplikation schreibt er sich als Verteilungszahl auf. Danach sieht das Ergebnis in einem Beispiel wie folgt aus:

	Friedensmiete	Grundmiete	Verteilungszahl auf je 1000 ℳ
Wohnung A	1200	900	450
Wohnung B	700	560	280
Wohnung C	400	320	160
Wohnung D	200	160	80
	2500	2000	1000

Der Vorsitzende ging dann auf die Frage der

produktiven Erwerbslosenfürsorge

ein. Bei dringenden Instandsetzungsarbeiten an alten Häusern kann die Einsetzung der produktiven Erwerbslosenfürsorge beantragt werden. Dies ist besonders dort angebracht, wo Wohnungen drohen unbewohnbar zu werden. Der Staat zahlt im Falle der Beschäftigung von Erwerbslosen das Doppelte an Unterstützungen. Bei solchen Instandsetzungsarbeiten würde der Staat 3 Stunden täglich zahlen, die übrigen 5 müßte der Auftraggeber vergüten. Er muß versuchen, diese aus den Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten aufzubringen, und wo diese nicht ausreichen, mit seinen Mietern wegen einer Umlage verhandeln, da ja auch die Mieter an der Instandhaltung des Hauses dringend interessiert sind. Wer von der produktiven Erwerbslosenfürsorge Gebrauch machen will, um nötige Reparaturen am Dache, an den Essenköpfen usw. ausführen zu lassen, der melde sich, auch wenn er nicht dem Verein angehört, am Dienstag in der Geschäftsstelle des Hausbesitzervereins. Es ist zweckmäßig, wenn gleich angegeben wird, wieviel Arbeitsstunden ungefähr nötig sind und was an Material gebraucht wird. Eine Kommission wird die eingehenden Anträge prüfen.

Die Klage gegen die städtischen Werke

habe der Verein nicht zurückgenommen, wie ihm das nahegelegt worden sei. Die Angelegenheit solle der Staatsanwalt untersuchen. Bezüglich der Bewertung der Vorräte für Gas und Strom habe Referent auf dem Standpunkt, daß man das bei der vorigen Rechnung bezahlte Drittel aufgewertet zum Abzug bringen soll.

In der Aussprache wurde nochmals auf die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft hingewiesen und gegen eine in einer Stadtverordnetensitzung gefallenen Bemerkung des Oberbürgermeisters über den Hausbesitzerverein, die wahrscheinlich dessen Vorsitzenden gegolten habe, scharf Stellung genommen. Am Schluß der Versammlung sprach Direktor Lindemann über die finanzielle Lage der Feuersozietät. Nachdem das ganze Jahr hindurch keine nennenswerten Beiträge erhoben worden seien, müssen jetzt aufgewertete Beträge eingezogen werden. Am Schlusse des Jahres werden event. Ungerechtigkeiten in der Belastung ausgeglichen werden. —m.

** **Der Druckfehlerteufel** setzt sein böses Spiel fort. In unserer Sonnabend-Ausgabe machte er aus Boßdorfs Drama „Bahnwärter Tod" einen Besenmeister. Auch in der Überschrift auf S. 7 stand ein Fehler. Es muß heißen „Kapitel deutscher Kulturgeschichte."

** **Halleisches Stadttheater.** Hellmuth Ungers Schauspiel „Karneol" geht als erste Uraufführung der diesjährigen Spielzeit Mitte November am Stadttheater in Szene. Von Unger haben bereits das phantastische Spiel „Nacht" und ein Drama „Mutterlegende" starke Bühnenerfolge gehabt und den Namen des in Leipzig lebenden Verfassers erst bekannt gemacht.

*

Gemeindearbeiterlöhne, Krankenhauslöhne, Straßenbahnerlöhne, Straßenwärterlöhne.

In gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden E. V. und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind am 25. Oktober die Löhne der Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands für die Lohnwoche vom 21. bis 27. Oktober um 350 Prozent erhöht worden. Der Stundenlohn eines gelernten Gemeindearbeiters in der Ortsklasse A beträgt hiernach für die genannte Zeit 2 264 000 000 ℳ, zudem noch ein Haushaltsgeld sowie eine Kinderbeihilfe von je 150 000 000 ℳ. — Die Löhne des Personals der kommunalen Krankenhäuser und Heilanstalten erhöhen sich im gleichen Maße. — Die Löhne des Fahrpersonals der kommunalen Straßenbahnen sind ebenfalls für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober um 350 Prozent aufgebessert worden. So beträgt der Spitzenlohn eines Straßenbahnführers für die vorstehend genannte Zeit in Halle 2 196 000 000 ℳ. Dieser Lohn erhöht sich um ein Haushaltsgeld und eine Kinderbeihilfe von je 150 000 000 Mark. — Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden e. V. und den beteiligten Gewerkschaften wurden die Löhne der Straßenwärter der Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen Mitteldeutschlands durch eine Erhöhung um 350 Prozent für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober neu festgesetzt. Der Lohn eines Straßenwärters der Ortsklasse I beträgt für die genannte Zeit 1 800 000 000 ℳ. Zu diesem Lohnsatz treten noch ein Haushaltsgeld und eine Kinderbeihilfe von je 150 000 000 ℳ pro Stunde.

*

Fortgang des Bergarbeiterstreiks.

Die Lage in den Kohlengruben des Geiseltales ist unverändert. In den Gruben, in denen gestreikt wird, werden die Notstandsarbeiten fortgeführt.

Die in Verhandlungen über die strittigen Lohnfragen und den Abbruch des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, haben durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums, teils durch Schiedsspruch, teils durch Vereinbarung eine Regelung gefunden, wonach die Gewerkschaften in ihren Bezirken die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen. Für diese Reviere wurde der Durchschnittslohn der gesamten Belegschaft, einschließlich Sozialzulage für die Woche vom 22. bis 29. Oktober mit 29,4 Milliarden je Schicht festgesetzt.

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter in Halle fordert dagegen die Bergarbeiter auf, den Streik fortzusetzen, bis eine endgültige Regelung der Wiedereinstellungsfrage der Bergarbeiter erfolgt sei. Die Arbeitgeber lehnen eine geschlossene Arbeitsaufnahme ab.

Eine stark besuchte Versammlung der Bergarbeiter in Halle beschloß am Sonnabend, das Verhandlungsergebnis abzulehnen und den Streik in voller Einmütigkeit und wenn notwendig, mit verschärften Mitteln solange fortzuführen, bis die Wiedereinstellungsfrage zugunsten der Streikenden restlos geklärt ist.

*

Wissenswerte Zahlen.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen

durch die Reichsbank erfolgt vom 29. Oktober ab bis auf weiteres zum 7 milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Verdoppelte Postfarif-Erhöhung!

Unter dem Zwange der Geldentwertung mußte die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten und bereits bekanntgegebenen Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs verdoppeln. Der einfache Fernbrief kostet sonach ab 1. November 100 Millionen, die Fernpostkarte 40 Millionen.

Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

Gleichzeitig zum Donnerstag den 1. November ab wird die Schlußfestzahl für die Fernsprechgebühr auf 3 Milliarden erhöht. Danach kostet von diesem Zeitpunkt an ein Ortsgespräch 1½ Milliarden Mark.

*

Tageskalender.

Montag, 29. Oktober.

Kirmes in Leuna.

Dienstag, 30. Oktober.

Vereinigung ernster Bibelforscher: Öffentlicher Vortrag. — Kammer-Lichtspiele: Mabel und ihre Freier.

Wetterwarte.

B. W. am 30. 10. (Dienstag): Ziemlich warmes, wolkiges, zeitweise etwas aufheiterndes Wetter mit Regenfällen und lebhaften Winden. — 31. 10. (Mittwoch): Ziemlich trübe, Regen, windig, ziemlich warm.

§ **Wehlitz**, 29. Okt. Sein 30jähriges Stiftungsfest feierte kürzlich der Männer-Gesang-Verein Wörsten im Gasthause zum Grünen Tal in Wörsten in würdiger Weise mit Konzert, Theater und Ball. Schon lange vor Beginn der Feier war der festlich geschmückte Saal von Anhängern des Vereins überfüllt. Die von dem Männerchor des Vereins sowie vom Doppelquartett vorgetragenen Chöre unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Appelt legten von guter Schulung Zeugnis ab und erntete reichen Beifall. Ebenso zwei von Appelt vorgetragene Violoncello-Soli. Sänger und Dirigent waren in sich hineinversetzt und ließen die Zuhörer an ihren Weisen zu lauschen. So wie die Chor-Darbietungen waren auch die Instrumental-Vorträge, die der heutigen ernsten Zeit angepaßt waren. Sechs Mitbegründer des Vereins, die Landwirte Franz Dreyhaupt, Otto Hörisch, Edmund Weineck, Wilhelm Meinert, Edmund Seyboth, Ernst Schmidt aus Wörsten sowie der Dirigent Appelt wurden zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernannt und mit einem Ehrendiplom ausgezeichnet. Nach dem Konzert gab es noch ein heiteres Theaterstück, bei dem herzlich gelacht wurde und an das sich ein gemütlicher, stimmungsvoller Ball anschloß. Allen Teilnehmern wird dieser Abend unvergeßlich bleiben. Dem Verein rufen wir zu, in der Pflege des deutschen Liedes nicht zu erlahmen und uns bald wieder einen derartig kunst- und genußreichen Abend zu bereiten. N.

‡ **Roßleben**, 29. Okt. Hier wurden verschiedene Einbruchsdiebstähle ausgeführt. Im Pumphause für die Wasserleitung der Klosterschule wurde der 7 Meter lange und 10 Zentimeter breite Antriebsriemen gestohlen; im Wasserwerk der hiesigen Gemeinde ließen die Diebe ebenfalls den 7 Meter langen und 15 Zentimeter breiten Treibriemen mitgehen. In beiden Fällen erbrachen die Diebe ein Fenster, durch welches sie einstiegen. — In Ziegelroda wurde in der gleichen Nacht ebenfalls ein Einbruch verübt. Hier stiegen die Diebe beim Arbeiter Tarisch durch die Kellerluke ins Haus und raubten die Schlachtvorräte eines kürzlich geschlachteten Schweines und nahmen schließlich auch noch eine Ziege mit.

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Schotterey**, 29. Okt. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Freitag wurde bei dem Gastwirt Hubold eingebrochen. Die Diebe drangen vom Garten her durch die Fenster, von denen sie 2 eindrückten, in die Wirtsstube des Gasthofes. Hier räumten sie zirka 12 Flaschen Liköre aus und nahmen außerdem noch Strümpfe und einen Frauenrock mit. Anscheinend haben sich die Einbrecher an den Getränken gleich gütlich getan. Von den Tätern fehlt jede Spur.

⊙ **Lauchstädt**, 29. Okt. Von Jägern wird darüber Klage geführt, daß in diesem Jahre viele Hasen eingegangen sind und die verendeten Tiere zahlreich aufgefunden werden. Es soll eine Seuche unter den Hasen herrschen.

Turnen — Spiel — Sport.

Städtespiel Halle—Merseburg 3 : 0.

Einen unerwarteten Ausgang nahm das Städtespiel gegen Halle, das gestern dort auf dem Wacker-Platz ausgetragen wurde. Die Merseburger Mannschaft hatte Pech, das Ergebnis hätte sonst ein anderes sein müssen. Bis Halbzeit ging Halle durch Rasch mit 1:0 in Führung. Nach der Pause erzielte Halle noch zwei weitere Tore durch Sachse und Schönfeld. Alle Anstrengungen Merseburgs, aufzuholen, blieben erfolglos. Zenker (Sportfreunde) leitete befriedigend.

Mf.—Preußen-Merseburg 1 : 0.

Das Ergebnis entspricht ungefähr dem Spielverlauf. Beim Mf. waren von der ersten Elf nur vertreten: Schertle, Fischer, Knothe, Hörisch und Thon II; bei Preußen waren 3 Mann ersetzt worden. Besonders boten beide Parteien nicht Sehr gut war Hörisch als Mittelläufer und der Halbinke von Preußen. Nach Ausgleich von Gerstenberg (Preußen) gab Thon I gab sich redliche Mühe, seine Vorlagen zu verwerten. Knothe war unverwüstlich, erreichte aber erst in der zweiten Hälfte seine alte Form. Schenk zeigte sich jeder Situation gewachsen, sein Gegenüber gab ihm wenig zu tun. Merseburg verlor den Kampf infolge des zeitweisen Versagens seines Sturmes vor dem feindlichen Tore, im übrigen war die Elf dem Gegner gewachsen. Das einzige und siegbringende Tor fiel schon nach wenigen Minuten durch Barisch. Im weiteren Verlaufe gab es fortwährend wechselnde Momente, bald lag der Mf., bald wieder der Gegner mehr im Angriff. — Der Schiedsrichter Mühle vom Sportverein 99 leitete das sehr faire Spiel einwandfrei und hier.

Sportverein von 1899.

Das einzige von den 99 ern gestern in Merseburg ausgetragene Spiel konnte die IV. Mannschaft an einem verbinden 4:1-Sieg über Neumark III gestalten.

Am nächsten Sonntag tritt die 1. (Liga) nach längerer Zeit erstmals wieder auf eigenem Platz im Verbandsspiel an. Der Gegner ist Favorit-Halle.

Turnverein Zahn.

Die Spiele der I. und II. Herrenmannschaften konnten am Sonntag nicht zum Austrag kommen, da der Gegner absagte. Die I. Jugendmannschaft weilte zum fälligen Verbandsspiel in Halle gegen die gleiche Elf der dortigen Minerva. Trotzdem gelang es ihr, erfolgreichzuhalten und mit mit 10 Mann den Sperrlich überlegenen Gegner mit 1:0 zu schlagen. Das einzige Tor des Tages fiel 10 Minuten vor Schluß. Mit allen Mitteln versuchte Minerva auszugleichen, aber alle Angriffe scheiterten an der unerschütterlichen Hinterschaft, worunter der Torwart besonders hervorragte, er war der beste Mann im Felde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231029-10/fragment/page=0003

Die Landelektrizität G. m. b. H. Überlandwerk Saalkreis-Bitterfeld zu Halle a. S.

ersuchte uns um Aufnahme der nachstehenden Ausführungen:

An unsere Stromabnehmer!

Wie alle Elektrizitätswerke und Überlandzentralen, so kämpft heute auch die Landelektrizität um ihre Existenz. Nicht mangelnde Voraussicht, nicht mangelnde Sparsamkeit, nicht mangelnde Stromabnahme haben die heutige verzweifelte Notlage geschaffen, sondern ausschließlich die verspätete Einführung der Währungsreform durch die Reichsregierung. Seit Monaten besteht ein auch von der Regierung anerkanntes dringendes Bedürfnis für die sofortige Bereitstellung wertbeständiger Zahlungsmittel, seit Monaten vollzieht sich sichtbar der Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft, und doch besitzen wir heute noch nichts anderes wie die Papiermark, welche an all diesem Elend schuld ist.

Man wird fest zu der Ansicht getrieben, es sei erwünscht, daß gerade die lebenswichtigen Betriebe, wie Überlandzentralen, zum Erliegen kommen, damit das Chaos der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands sich vollendet und die einst so blühenden Unternehmungen reif für eine Beute des internationalen Großkapitals werden. Man wird, wie gesagt, zu dieser Ansicht gedrängt, wenn man, wie es heute leider der Fall ist, auf die dringendsten Notrufe an maßgebenden Stellen keine oder nur ungenügende Unterstützung findet.

Mag aber die Notlage noch so verzweifelt sein, so wissen wir uns eins mit unseren Stromabnehmern in dem Gedanken, daß unsere nur nach gemeinnützigen Zielen ausgestalteten genossenschaftlichen Überlandzentralen unter keinen Umständen verschwinden und etwa, wie bereits so viele Werke, in Dividendenunternehmungen aufgehen dürfen, und daß uns dieses gemeinsame Streben zu schärfstem Widerstand ermutigen muß.

Voraussetzung für das Gelingen ist aber, daß uns unsere Stromabnehmer nicht im Stich lassen. Wir bedauern auf das höchste, daß die Entschließungen des Reichskohlenverbandes im September d. J. uns dazu gezwungen haben, die Berechnung der Strompreise in Goldmark schon jetzt auszuführen, und daß wir durch die von Tag zu Tag verschärften Zahlungsbedingungen der stromliefernden Werke immer mehr genötigt sind, die Zahlungsfristen abzukürzen und auf diese Weise unseren Stromabnehmern den Bezug von elektrischem Strom zu erschweren. Wir haben keine Mittel unversucht gelassen, um im Interesse der Stromabnehmer die Zahlungsbedingungen zu erleichtern. Die Berechnungsarten, welche wir heute durchführen, stellen das äußerste dar, was wir zugestehen können, um die Betriebe noch vor dem Erliegen zu schützen.

Unsere Stromabnehmer wollen bedenken, daß vom Tage der Ausstellung einer Rechnung bezw. vom Tage der Einkassierung an infolge der großen Entfernungen auf dem Lande der größte Teil des eingenommenen Geldes 5—8 Tage braucht, bis es der Landelektrizität für ihre Verpflichtungen gutgeschrieben wird. Bei den Sprüngen, welche die Geldentwertung in den letzten Tagen gemacht hat, bedeutet das so viel, daß wir von den Beträgen der Stromrechnungen nur ein Fünftel oder noch weniger wertbeständig hereingekommen.

Auf die Beschwerden, welche uns hier und da zugehen, und in welchen darauf hingewiesen wird, daß beuachbarte Elektrizitätswerke niedrigere Strompreise als die Landelektrizität berechnen, erklären wir, daß den verantwortlichen Verwaltungen der Überlandzentralen nur zwei Wege offen stehen; entweder durch ausskömmliche Preise die Betriebe lebensfähig zu erhalten, oder aber bei ungenügenden Preisen die Anlagen total abzuwirtschaften, was natürlich in ab sehbarer Zeit zur Einstellung der Stromlieferung führen muß. Wir halten uns für verpflichtet, solange es noch möglich ist, den ersten Weg zu gehen, und bitten unsere Stromabnehmer, uns bei der Durchführung dieser schwierigen Aufgabe nach Kräften unterstützen zu wollen.

Mögen der Bevölkerung ausschließlich Geist und unserem Unternehmen angeschlossenen Elektrizitätsgenossenschaften sich stark genug erweisen, um unsere Überlandwerke trotz allen bestehenden Schwierigkeiten über die jetzigen schweren Zeiten hinaus lebensfähig zu erhalten.

Halle, den 25. Oktober 1923.

Landelektrizität G. m. b. H.

Volkswirtschaftliches.

Deutsche Wirtschaftszahlen. — 28. Oktober.

Dollar (amtlicher Mittelkurs) 65 000 000 000.
Eine Silbermark: 7 Milliarden.
Reichsbankdiskont: 90 Prozent.
Großhandelsindex vom 23. Oktober: 14 600 000 000.
Reichsindex vom 22. Oktober: 2045 Millionen (Steigerung 340 Prozent).
Eisenbahnindex (Personentarif): 6 Milliarden.
Eisenbahnindex (Gütertarif): 12 Milliarden.
Schlußziffer des Buchhandelsvereins: 700 000 000.
Schlußziffer des Buchhandels: 16 Milliarden.
Kneipenzuschlag: 18 Millionen.
Goldumrechnungssatz der Reichssteuern: 15 Milliarden.

Devisen unverändert.

Wie bereits mitgeteilt, findet von jetzt ab auch an den Sonnabenden in Berlin regelmäßig eine amtliche Notierung der Devisen, Dollarschatzanweisungen und der Goldanleihe statt. Diese Maßnahme hat sich mit Rücksicht auf den jetzt einsetzenden Zahlungsverkehr in Goldanleihe, für die ein Bewertungsmaßstab täglich vorhanden sein muß, als notwendig ergeben. Die Devisennotierung weist gegenüber dem Freitag durchaus keine Veränderung auf. Nur die Reparationszahlungen sind überwiegend etwas schärfer ausgefallen, was wohl auf ein erneutes, wenn auch nicht sehr erhebliches Anziehen der Nachfrage zurückzuführen ist. Amtlich wurde die Mark am Freitag aus New York mit einem Kurs gemeldet, der einer Berliner Dollarparität von 80 Milliarden entsprach. Nachbörslich ist in New York eine erhebliche Besserung der Mark eingetreten bis auf 20 Milliarden Mark Berliner Parität. Die Reparationszahlungen sind folgende: mit 20 Prozent: Holland, London, Paris und Prag bei Aufträgen über 1,5 Millionen Kronen; mit 25 Prozent: New York; mit 50 Prozent: Brüssel, Christiania, Kopenhagen, Schweiz; mit 50 Prozent: Stockholm, Italien.

Die Mark in New York.

Nachbörslicher Merkkurs in New York am 26. Oktober, 5 Uhr, 0,000000015 Cts. Geld (= 66 666 600 000 .€) und 0,000000016 Cts. Brief (= 62 500 000 000 .€).
Vorbörslicher Merkkurs am 27. Oktober 0,000000015 Cts. Geld (= 66 666 600 000 .€) und 0,000000016 Cts. Brief (= 62 500 000 000 .€).
Nachbörslicher Merkkurs am 27. Oktober, 12½ Uhr. 0,000000018 Cts. Brief (= 55 555 500 000 .€).

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse vom 27. Oktober.

Die Preise gelten für 1000 Kilo in Goldmark (4,2 Goldmark gleich 1 Dollar der Goldanleihe) für Ware, prompt, Parität frachtfrei Leipzig.) Weizen, inländischer 150 bis 155, nominell; ruhig; Roggen, inländischer 150—155, nominell, fest; Gerste (Sommergerste) inländische 140—148, nominell; Wintergerste 135—140, nominell, ruhig; Hafer, inländischer 110—120, ruhig; Raps 250—260, nominell.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 27. Oktober.

Weizen, märkischer 153—155, ruhig; Roggen, märkischer 130—141, ruhig; Gerste (Sommergerste) 135—138, ruhig; Hafer, märkischer 104—105, abgeschwächt; Weizenmehl 22,50—34,50, ruhig; Roggenmehl 22,50—24,80, fest; Weizenkleie 5,20—5,40, ruhig; Raps 213—218, fest; Viktoriaerbsen 35—40; gelbe Lupinen 13—13,50; Rapskuchen 8,90—9,10. — Die Preise verstehen sich in Goldmark der Goldanleihe (= 4,2 Goldmark) bei Getreide für 1000 Kilo, bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln für 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Berliner Zeitmarkt vom 27. Oktober.

Butter: Die Ware bleibt nach wie vor knapp; die Notierungen mußten am letzten Donnerstag scharf heraufgesetzt werden. An den beiden übrigen Tagen blieben sie mit Rücksicht darauf, daß an diesen Tagen die Geldentwertung nicht zunahm, unverändert. Die Nachfrage blieb unverändert stürmisch. Die heutige amtliche Notierung im Verkehr zwischen Großhandel und Erzeuger — Fracht und Gebinde zu Lasten der Käufer — ist ein Pfund 18 Milliarden. — Margarine: Die Nachfrage bleibt lebhaft, konnte aber bei den geringen Lieferungen seitens der Fabriken nicht immer befriedigt werden. — Schmalz: Infolge geringer Vorräte waren die amerikanischen Frischwaremärkte sehr fest; für disponible Ware mußten höhere Preise bezahlt werden. Die Konsumnachfrage ist sehr rege, so daß die Inlandslager stark abgenommen haben und sich eine Knappheit für Kokoware bemerkbar macht. Eine Verschiffung ist zu befürchten, da infolge der unsicheren politischen Lage Schiffe von Amerika fehr gering sind und die Verladung von Hamburg durch die Unruhen und Streiks verzögert wird. Notierung nominell. — Speck: Lebhafte Nachfrage bei geringen Vorräten. Preise nominell.

Viehmarkt.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 27. Oktober.

Auftrieb: 1314 Rinder, 506 Kälber, 3879 Schafe, 707 Schweine, 15 Ziegen. (Preise in Milliarden Mark.) Ochsen 4—8,5, Bullen 4—8, Kühe 3—8, Kälber 3—10, Schafe 8—12, Schweine 6—8,5, Ziegen 3—5,5. Geschäftsgang bei Rindern, Kälbern und Schweinen ruhig, bei Schafen glatt. Nichtpreise wurden nicht festgesetzt, es herrschte freier Handel.

— **Nichtpreise in Berlin im Nahrungsmittelgroßhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung** vom 27. Oktober, offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels E. V. Berlin. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo in Originalpackung ab Lager Berlin in Goldmark. Gerstengraupen, lose 22,65—23,75; Gerstengrütze, lose 22,65—23,75; Haferflocken, lose 22,20—22,85; Hafergrütze, lose 22,55 bis 22,85; Malzkaffee 21,20—21,50; Weizenmehl, lose 23,40—25,60; Roggenmehl 0/1 18,45—18,65; Weizengrieß 21,65—26,15; 70 proz. Weizenmehl 19,55—20,15; Weizen-Auszugsmehl 20,35—21,75; Speiseerbsen, Viktoria 33—36,10; kleine 30,30—33,20; Bohnen, weiße 25,85—31,10; Linsen 29,40—47,50; Kartoffelmehl 22,25—24; Kartoffelstärkemehl, lose 42,10 bis 59,15; Schnittnudeln, lose 35,25—42,10; unglas. Wafeln 27,75—31; glas. Tafelreis 29,05—38,00; grober Bruchreis 24,65—27,10; Reisgrieß und -mehl, lose 22,35 bis 23,45; Kinngrieß, amerikanische 72,90—96,85; gem. Aprikosen, cal. 104,40—114,10; Birnen, cal. 53,20—83,20; Pflaumen, cal. 70,45—75,90; Pflaumen 110,20—70,80 31,25—41,05; Aprikosen in Kisten 67,65—73,60; Rosinen in Kisten 44,50—29,35; Sultaninen in Kisten 61,50—65,80; Mandeln, bittere 70—71,75; süße 107,65—189,90; Kanel 172 bis 191,75; Kassia 97,20—103,15; Kümmel 138,51—145; Pfeffer 216,45—222,50; schwarzer Pfeffer 97,20—102,10; weißer Pfeffer 126,70—190,60; Piment 73,60—78,00; Kaffee preiswerte roh 168—175; superior 158—167; Röstkaffee 156—260; Malzkaffee 25—36; Röstgetreide 16—17; Erfatzmischung mit 20 Prozent Kaffee gepackt 65—72; Kakaopulver, lose 165 bis 200; Tee in Kisten 339—400; Inlandszucker halbe weiß 29,35—30,85; Kunsthonig 32,76—39,30; Marmelade, Einfruchtt 48,50—78,84; Mehrfrucht 52—65,70; Siedesalz 6,27 bis 7,10; Steinsalz 3,50—4,26; Bratenschmalz 94,60—94,75; Pureslard 90,70—90,80; Margarine 62,21—80,84; Wolfersehutter 191,09—154,05; Corned beef 12/6 lbs. per Kiste 38,45; Speck, geräuchert, fett 88,89—89; Quadratkäse 47,87—62,31; Limburger Käse, vollfett 106,32—112,13; halbfett 77,58—81,41.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Verkehr; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Armus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Ch. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Ruth, T. des Revisionsbeamten Gröhl. — Getraut: Der Friseur W. Weiß m. Frau J. geb. Roth. — Beerdigt: Frau E. Schütze geb. Bormann.

Stadt. Getauft: Gerhard, S. des Schriftsetzers Wehnemann; Willi, S. des Werkmeist. Schübel; Waltr, T. des Trimmschlosser. Gebhardt. — Getraut: Der Kaufmann F. Allertz mit Frau M. A. geb. Schneider. — Beerdigt: Die Ehefrau des Arb. Kunath; der S. des Eisenbahnschaffners Kiefer; die T. d. Schlossers Trabert; die T. des Friseurs Steinbrück.

Neumarkt. Beerdigt: Auguste Rosenthal (Unbrechsheim); ein unehelisches Kind.

Altenburg. Getauft: Fritz, S. des Postschaffners Braun; Hans-Wolfram, S. des Kanzlei-Sekretärs Schmidt. — Getraut: Der Kaufmann H. Gitr m. Frau E. geb. Allmann; der Bergdupraktikant H. Zimmermann mit Frau B. geb. Rosenthal. — Beerdigt: Der Rechnungsrat Rindfleisch.

Neuer Wildlederhut
b. ll. zu verk. Luisenstr. 2, 1 Tr.

Kl. Puppenwag.
zu kaufen gesucht. Angebot. 654 a. d. Exped.

Tausche Ulster gegen Getreide.
Zu erfr. i. d. Exped. d. Bl.

Briefbog., Mitteilungen, Briefumschläge
f. Geschäfts- u. Privatbedarf liefert schnell und preiswert Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 9.

Futterrüben!
eingetroffen.
K. Freygang,
Große Ritterstraße 5.

Nationalkassen
kauft nach Nummernangabe **E. Mittwoch, Bln.-Charlottenburg.** Friedbergstraße 29.

Armaturen-Schlosser
zur Reparatur von Dampfstrahlpumpen und Manometern von Ammendorfer Kohlenwerk gesucht. Bewerbungen unter H. L. 14 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle, Postfach 72.

Ordentl. Aufwartung
gef. Weißenfels. Str. 37, pt.

Kl. schw. Hund entlaufen. Abzug. Gr. Sixtifr. 18.

Für die uns zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich.

Otto Schaaf und Frau
Gertrud geb. Köder.
Trebnitz, d. 29. Oktober 1923.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben, unvergeßlichen Entschlafenen sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Tieftrauernd:
Lina Rindfleisch geb. Schmidt
nebst Angehörigen.
Merseburg, den 28. Oktober 1923.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Reise-Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Halle a. d. S., Georg Schultze
Bernburgerstrasse 32

Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtenkontor G. m. b. H. Magdeburg, Alte Ulrichstr. 7. Fernsprecher 3092.

Zur Beachtung
Auskünfte über Schiffes-Anzeigen werden von der Geschäftsstelle nicht erteilt! Offertenbriefe, die geeignet sind, unsere eigenen Interessen zu schädigen oder die gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, sind von der Weiterbeförderg. ausgeschlossen! — Eine Bürgschaft für Rückgabe der den Offerten-Briefen beigefügten Zeugnisse, Licht-Bilder und dergl. übernehmen wir nicht!
Verlag „Merseburger Korrespondent".

Vorstellungen im Hallescheu Stadttheater

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstg.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
Propheten	Figaros Hochzeit	Fidelio	Traum ein Leben	Lampenschirm	Fidelio	Figaros Hochzeit

Wertbeständiges Stadt-Notgeld!

Die Abgabe von wertbeständigem Stadtnotgeld erfolgt in der städtischen Sparkasse gegen Hinterlegung von Goldanleihe und die Verpflichtung zur wertbeständigen Rückzahlung. Zur Deckung der Druckkosten wird ein Abzug von 1 Prozent — die Handelskammer in Leipzig nimmt 3 Prozent — gemacht.

Die Arbeitgeber — auch Behörden — werden gebeten, den Rechnungsamt umgehend im Laufe des Dienstag mitzuteilen, welche Beträge an wertbeständigem Notgeld sie an den einzelnen Tagen dieser Woche benötigen. Inzwischen ist die erforderliche Goldanleihe bei der Sparkasse zu hinterlegen und die Verpflichtung zur wertbeständigen Zurückzahlung ordnungsgemäß zu unterzeichnen. Zur Verminderung an Verwaltungsarbeit wird empfohlen, lediglich so viel Goldanleihe zu hinterlegen, als voraussichtlich insgesamt Notgeld abgenommen wird. Rückgabe des zur Deckung nicht erforderlichen Betrages kann jeder Zeit erfolgen.

Weitere Aufklärung über mit der Notgeldausgabe zusammenhängenden Fragen erteilt Stadtrat Kleim.

Merseburg, den 28. Oktober 1923.

Der Magistrat.

Wertbeständiges Leuna-Geld

Zu Lohn- und Gehalts-Zahlungen verwenden wir von heute ab als wertbeständiges Geld sogenannte

Notgeldscheine auf Goldanleihe!

Die Ausgabe der Scheine geschieht nach den Bedingungen des Reichs-Finanzministeriums und mit Genehmigung des Herrn Reichs-Finanzministers. Die Scheine lauten auf

$\frac{1}{10}$ Dollar = 0,42 Goldmark.

Sie sind auf weißem Wasserzeichenpapier in der Größe 6,9×12,5 cm in Irisdruck hergestellt und tragen zweifarbigen Untergrund, in den die Firma eingearbeitet ist. Ferner sind sie mit der faksimilierten Unterschrift der zwei Geschäftsführer versehen. **Die Gültigkeit ist auf den 31. Dezember 1923 befristet!** Die auf der Rückseite aufgeführten Banken wechseln je 10 Stück dieser Not-Geld-Scheine in Gold-Anleihestücke zu 1 Dollar = 4,20 G.-Mk. um.

Leuna-Werke, den 29. Oktober 1923.

Ammoniak-Werk Merseburg, G. m. b. H. Leuna-Werke, Kr. Merseburg.

In einem Industriewerk wurde ein größ. **Diebstahl** ausgeführt, wodurch nachstehend aufgeführte **Autozubehörteile** entwendet wurden:

1 Boschhorn, komplett, Nr. 27007, **1 Boschhorn,** komplett, Nr. 22573, **1 Lichtmaschine,** Lp. 100, Nr. 81904, Bosch, **1 Lichtmaschine,** Nr. B130/12, Nr. 86651, Bosch, **1 Zündapparat** Z. 4 Nr. 2413857, Bosch, **1 Zündapparat** ZR 4, Nr. 2618624, Bosch, **1 Zündapparat** DR 4 A, Nr. 2578776, Bosch, **Handlampen u. Schlußlampen,** Bosch, mit Stecker u. Kabel, **3 Manometer, Zündkerzen** sowie eine Anzahl **Kugellager** und weitere Autozubehörteile.

Für Mitteilungen, die zur Ermittlung des Täters und Wiedererlangung des gestohlenen Gutes oder eines Teiles desselben führen, wird eine **Belohnung von 100 Goldmark!** zahlbar in **Goldanleihe** zugesichert. Wirken mehrere Personen an der Ermittlung des Täters oder des gestohlenen Gutes mit, so wird die ausgesetzte Belohnung entsprechend dem Mitwirken am Erfolg verteilt. Ueber Zuteilung der ausgesetzten Belohnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges das geschädigte Werk selbst. — Zweckdienliche Nachrichten erbeten an Kriminalpolizei.

Mabel u. ihre Freier!
Prächtiges Film-Singspiel
in 5 Akten mit erstklassigen Opern-Sängerinnen und Sängern!
Hierzu ein gutes Beiprogramm.
Anfang 5 und 7½ Uhr.
In den
Kammer-Lichtspielen!

Hilfe in der Not Die dunkle Nacht der Gegenwart wird einem Freudenmorgen der Zukunft weichen!
Oeffentlicher Vortrag!
Dienstag, den 30. Oktober 1923, abends 7½ Uhr im Restaurant „Tivoli", Merseburg.
Eintritt frei! Jeder herzlich willkommen!
Rauchen höflichst verbeten!
„Vereinigung Ernster Bibelforscher".

Urin-Untersuchungen!
Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres
Morgen-Urines
mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch
Homöopathie und Naturheilkunde
wieder, wie so viele andere auch, gesund werden können.
Sprechstunden in Halle, Restaurant „Stadt Leipzig", Martinstraße, Mittwoch nachmittag von 2—7 Uhr, Donnerstag vorm. von 8—12 Uhr, nachm. von 2—½ 7 U.
Paul Bohn, Heilkundiger.

Sie sparen
Zeit und Geld, wenn Sie Ihre Anzeige für auswärtige Zeitungen durch unsere Vermittlung senden. Die Berechnung geschieht zu Originalpreisen
Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent
(Nebenausgabe Schafstädter Zeitung).

Belohnung!
3 Ztr. Getreide erhält derjenige, der mir den Täter nachweist, der mir am Sonntag abend geg. 6½ u. 7 Uhr zwischen Neumarkt u. Roschs Ziegelei meinen Reisekoffer, enth. Anzüge u. Wäsche, v. Wagen genommen hat. Str. Verschwiegenheit w. zugef. Nachr. an mich, bezw. Landjägeramt Zöschen erb. **Hugo Hesselbarth, Zöschen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231029-10/fragment/page=0004

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 5. Oktober-Woche, fällig bei Abholung, 9 Milliarden Mark frei Haus. Abgeholerte 8,9 Milliarden Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 1,5 Milliarden, bei 6 Seiten 2,0 Milliarden, bei 8 Seiten 2,5 Milliarden.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg
mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatlich erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigengrundpreis × Schlüsselzahl = Tagespreis. Für den achtgespalt. Millimeterraum 20 M. bei Barzahlung — sonst Tagesschlüsselzahl am Zahltage — im Reklameteil 60 M., für Geschäftsanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorstehende Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüsselzahl des V.D.Z.-B. (z. Z. 18 000 000). Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 465.

Nr. 254 — Montag den 29. Oktober 1923. — 50. Jahrg.

Biegen oder brechen!

Reichsexekution gegen Sachsen. — Bayern soll legale Verhältnisse schaffen!

Berlin 28. Okt. (WTB.) Nachdem die der sächsischen Regierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen zu Gewalttätigkeiten und zur Bewaffnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner aufgefordert, den

Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung

herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkenne. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des heutigen Tages erwarte, und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung dieser Aufforderung sofort ergreifen werde.

Die sächsische Regierung trotzt dem Reich!

Dresden, 28. Okt. (WTB.) Gestern in später Abendstunde wurde dem WTB. aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. So lange dies nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Reichsexekutive.

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung geeignet ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Zum Reichskommissar für Sachsen wird der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei Ministerialdirektor Dr. Schultze ernannt werden.

*

Die SPD.-Reichsminister in Dresden.

Die „Montagspost" meldet aus Dresden, daß die sozialdemokratischen Reichsminister Schmidt und Radbruch und der sächsische Gesandte in Berlin Gradnauer in Dresden eingetroffen seien und in die Sitzung des Landesvorstandes der sächsischen Sozialdemokratie und der Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen hätten. Die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie selbst sei dabei zum erstenmal offen zum Ausdruck gekommen.

*

Blutige Kämpfe in Freiberg i. S.

Dresden, 29. Okt. (WTB.) In Freiberg kam es am Sonnabend zu ernsten Zusammenstößen zwischen radikalen Elementen und Reichswehr. Als die Truppen Ansammlungen zerstreuten und hier von der Menge bedrängte Soldaten befreite, wurden sie mit Steinen beworfen und beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet. Hierauf machte die Reichswehr von der Schußwaffe Gebrauch.

Nach den endgültigen Feststellungen wurden bei der Reichswehr zwei Mann schwer und einer leichter verwundet. Von den Aufrührern und Mitläufern sind

23 tot und 31 verwundet

worden. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die angreifende Menge durchaus planmäßig vorging. Über das Verhalten der Reichswehr bestätigen durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüstester Beschimpfungen durch die Menge bis zum Äußersten gegangen ist.

Warum es zur Reichsexekutive kommen muß:

In einem von dem Minister Böttcher gezeichneten Aufruf heißt es: Der Repräsentant der deutschen Verfassung und der deutschen Demokratie, Generalleutnant Müller, vollziehe auftragsgemäß Schlag auf Schlag die Befehle der wahren Herren von Deutschland, der Herren über Kohle, Eisen und Lebensmittel. Die sächsische Arbeiterschaft soll niedergeschlagen werden. Dann kommen andere aufreizende und unwahre Redensarten. In Fettdruck heißt es dann weiter: Wir Kommunisten erklären: „Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen Faschismus und Ausbungerung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der

Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften,

das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten. Wir fordern die Kontrollausschüsse auf, ihre Tätigkeit gegen die Wucherer und Spekulanten zu verschärfen . . . An die sächsische und deutsche Arbeiterschaft richten wir den Ruf zur Bereitschaft. Es kann möglich sein, daß morgen oder übermorgen das Vorgehen der Militärdiktatur mit dem Generalstreik in Sachsen, Thüringen und dem Reiche beantwortet werden muß. Kampflos wird sich die deutsche und sächsische Arbeiterschaft den Generalen nicht ergeben. Wenn die Generale der Schwerindustrie zum Tanze aufspielen wollen, nun, die deutsche Arbeiterklasse ist gerüstet!"

Warum es zur Reichsexekutive kommen muß?

In einem von dem Minister Böttcher gezeichneten Aufruf heißt es: Der Repräsentant der deutschen Verfassung und der deutschen Demokratie, Generalleutnant Müller, vollziehe auftragsgemäß Schlag auf Schlag die Befehle der wahren Herren von Deutschland, der Herren über Kohle, Eisen und Lebensmittel. Die sächsische Arbeiterschaft soll niedergeschlagen werden. Dann kommen andere aufreizende und unwahre Redensarten. In Fettdruck heißt es dann weiter: Wir Kommunisten erklären: „Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen Faszismus und Ausbungerung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faszisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der

Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften,

das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten. Wir fordern die Kontrollausschüsse auf, ihre Tätigkeit gegen die Wucherer und Spekulanten zu verschärfen . . . An die sächsische und deutsche Arbeiterschaft richten wir den Ruf zur Bereitschaft. Es kann möglich sein, daß morgen oder übermorgen das Vorgehen der Militärdiktatur mit dem Generalstreik in Sachsen, Thüringen und dem Reiche beantwortet werden muß. Kampflos wird sich die sächsische und deutsche Arbeiterschaft den Generälen nicht ergeben. Wenn die Generäle der Schwerindustrie zum Tanz aufspielen wollen, nun, die deutsche Arbeiterklasse ist gerüstet!"

*

Energische Sprache auch gegen Bayern.

Berlin, 29. Okt. (WTB.) Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschließung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Nach einer Meldung der „Montagspost" aus München ist die an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen, an Ministerpräsident v. Knilling gestern überreicht worden. Heute findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregi

Die Aussichten der Rep

London, 29. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Das englische Kabinett und die Reichskonferenz wird in den nächsten Tagen die Ende voriger Woche eingegangenen schriftlichen Antworten von Frankreich und Belgien auf den englischen Konferenzvorschlag prüfen. Es soll insbesondere die Frage erörtert werden, ob es einen praktischen Zweck hat, eine internationale Kommission einzuberufen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen, da die Befugnisse dieser Kommission auf französischen Antrag soweit eingeschränkt werden, daß einem Bericht nur eine akademische Bedeutung beizumessen wäre. Sollte das Kabinett oder die Reichskonferenz zu dem Ergebnis gelangen, daß die französischen Vorbedingungen für die Zustimmung zur Ernennung des Sachverständigenausschusses annehmbar erscheine, so dürfte im Laufe dieser Woche, nachdem ein Meinungsaustausch mit Washington stattgefunden hat, ein konkreter englischer Vorschlag für die Ausgestaltung des Arbeitsprogramms des Sachverständigenausschusses Frankreich und den übrigen alliierten Regierungen übermittelt werden.

Brüssel, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Die belgische Regierung hat den Kabinetten von London und Washington mitgeteilt, daß sie den zweiten von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag annehme, wonach die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschuß abgeschätzt wird.

Paris, 29. Okt. (Priv.-Telegr.) Nach dem „Temps" wird Großbritannien an der Konferenz zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch Lord Curzon und Bradbury vertreten sein, die Vereinigten Staaten durch Morgan und Senator Root.

*

Die Separatisten in Mainz.

Mainz, 29. Okt. (WTB.) Am Sonnabend wurde das Stadthaus von den Franzosen und den Sonderbündlern geräumt.

Mainz, 29. Okt. (WTB.) In der Nacht zum Sonnabend drang ein aus Rüsselheim kommender Haufen (nach Aussage der dortigen Bevölkerung soll es sich um Sonderbündler gehandelt haben) in das Dorf Bauschheim (Kreis Groß-Gerau) ein, angeblich um Vieh zu beschlagnahmen. Mit der Bauernschaft kam es zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf vier Eindringlinge getötet und auf beiden Seiten eine große Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr drangen die Sonderbündler erneut in das Dorf ein und setzten drei Gehöfte in Brand.

1 Schweizer Frank	11 531 000 000	11 629 000000
1 tschechische Krone	—	—

Reichsexekution.

Zu dem Einmarsch in Sachsen.

Zum erstenmal seit 1871 erlebt das Reich eine Reichsexekution. Die offene Auflehnung der sächsischen Regierung ist mit deren Absetzung beantwortet worden. Endlich einmal verschafft sich das Reich nachhaltigen Respekt. Es war nach der rohen, ungeselichen, gegen alle Staatsautorität aufhetzenden Sprache des „Ministers" Böttcher dringend nötig geworden.

Welche gesetzlichen Unterlagen bietet die Reichsverfassung für die Reichsexekution? Eine solche, das heißt eine gewaltsame Durchsetzung der Reichsgewalt gegenüber einem Bundesstaat war auch nach der Reichsverfassung von 1871 möglich, wie wir den rechtsradikalen Heißspornen, die es für national halten, die Reichsgewalt gegenüber den Sondergewalten hintanzustellen, hiermit ausdrücklich vorhalten wollen. Sie mögen dafür die Artikel 19 und 68 der Bismarckschen Reichsverfassung nachlesen. **Die Reichsexekution ist also eines der vielen staatsrechtlichen Stücken, welche die Weimarer Verfassung aus der Bismarckschen übernommen hat.**

Der maßgebende Absatz der Verfassung lautet:

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten." (Art. 48, 1.)

Träger der Reichsexekution ist also der Reichspräsident, der zum Vollzug natürlich wie bei allen Entscheidungen der Gegenzeichnung bedarf. Nicht ohne weiteres möglich ist die Ergreifung von wirtschaftlichen Repressalien, und es muß dementsprechend der Vorschlag in dem Leitartikel von Nummer 250 berichtigt werden. Nach Art. 82, 6 können wirtschaftliche Druckmittel nur durch Reichsgesetz erfolgen.

Das Ziel der Reichsexekution ist die Erzwingung der Landespflicht. Deren Verletzung durch Sachsen ist so offenkundig, daß sich kein Einsichtiger der Notwendigkeit dieser Maßnahme verschließen kann.

Gleichzeitig mit dem Ultimatum an Sachsen hat die Reichsregierung an Bayern eine energische Mahnung zur Landespflicht, d. h. zur verfassungsmäßigen Wiederherstellung der Befehlsgewalt in der Reichswehr, gerichtet, aus der Bayern eine Landeswehr unter dem Kommando des vom Reiche abgesetzten Generals von Lossow gemacht hat.

Eine Reichsexekution muß sich gleichmäßig auf alle erstrecken, die die Landespflichten verletzen. Sie ist ein so äußerstes Mittel, daß nur seine gleichmäßige Behandlung und seine Durchführung dem Reiche helfen kann. Darum der Brief nach München. Hoffentlich wird er dort, wo ein Gegensatz zwischen Regierung und „Diktator" Kahr deutlich ist, verstanden.

Die Reichsregierung aber kann versichert sein, daß die Anwendung dieses äußersten Mittels in all den Kreisen begrüßt wird, denen der Reichsgedanke über alles teuer ist. Die Anwendung der „Exekution" in Sachsen mag denen zu denken geben, die auf das Schlagwort von der „marxistischen" Reichsregierung hereingefallen sind, und ein Blick auf die Karte mag ihnen zeigen, daß man Oberfranken nicht mehr fern ist, wenn man in Plauen der Reichsflagge Respekt verschafft hat! B.

Poincare besteht auf die Londoner Phantasiezahlen!

Eine neue Kriegerdenkmalssonntagsweiherede — ohne Neues.

Paris, 29. Okt. (WTB.) In der Rede, die Poincaré gestern nachmittag bei einer Kriegerdenkmalseinweihung in Sampigny hielt, sagte er: Es wäre höchst unvorsichtig von uns, wenn wir nicht auf der Hut wären und jedes Schutzmittel preisgäben oder geschwächt würden. Wir sind ebensowenig geneigt, unsere Ansprüche bezüglich der Reparationen zu mindern. Deutschland selbst hat alle Ursache, sobald wie möglich die nötigen Maßnahmen zu treffen, um seine Gläubiger zu bezahlen. Sobald wie möglich muß es die nötigen Maßnahmen treffen, um sich Kredit zu beschaffen. Es weiß,

daß wir unsere Pfänder nicht aus der Hand geben

werden, bevor wir nicht den Betrag unserer Reparationen erhalten haben. Redner wandte sich an die Verbündeten. Wir erwarten von unseren Alliierten lediglich die Beachtung des Friedensvertrages, den sie gemeinsam mit uns unterzeichneten. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission gewissenhaft (!) festgesetzt worden. Das Zahlungsstatut ist Deutschland mit dem Ultimatum mitgeteilt worden. Die Festsetzung ist also endgültig (!), und da sie in Ausführung des Friedensvertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne Zustimmung abgeändert werden. Frankreich hat zu viel durchgemacht, um zu dieser Herabsetzung seine Zustimmung zu geben. (!)

Poincaré antwortete in seiner Rede weiter besonders auf die

Rede des englischen Ministerpräsidenten

in Plymouth. Er führte dabei aus: Ich habe mir zunächst gesagt, daß wir völlig einer Meinung sind, in der Auffassung nämlich, daß die Reparationsfragen sobald wie möglich unter den Alliierten geregelt werden und daß wir uns einigen sollten, um die Bezahlung der Reparationen zu sichern, wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Ansinnen zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren, von der sie spricht. Wenn sie lediglich den Wunsch hat, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so fällt es uns sehr leicht, uns über eine Idee zu verständigen. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem unser Einfluß, der schon sowieso hinter unseren Interessen zurückbleibt, noch weiter eingeschränkt werde.

Die Grenze unserer Zugeständnisse ist erreicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319231029-10/fragment/page=0005